

Wortprotokoll 15. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2023/2027
22. Legislaturperiode

Donnerstag, 23. Januar 2025, 19.00 Uhr
im Rathaussaal

Anwesend	36 Mitglieder des Gemeinderats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Brühwiler, GR Kuntzemüller, GR Ribezzi, GR Zülle
Absolutes Mehr	19
Später eingetroffen	–
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	Gemeinderatspräsident René Knöpfli
Protokoll	Stv. Stadtschreiberin Janine Benz, Lisa Diethelm

Traktanden

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 12. Dezember 2024

Einbürgerungen

2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Wahlen

3. Ersatzwahl in die Kommissionen

Motionen

4. Motion Mehrheitsfähige Strassensanierungen in der Stadt Kreuzlingen / Beantwortung
5. Motion Gesamtverkehrskonzept "Mobilität Kreuzlingen 2050" / Beantwortung
6. Motion Langfristige Verkehrsentlastung von Kreuzlingen - "Kreuzlinger-Kolonnaden" - Bau eines querenden Viadukts auf Kreuzlinger Boden / Beantwortung

Postulate

7. Postulat Soziale Verantwortung – Günstiger Strom und günstiges Gas für Kreuzlingen / Bericht
8. Postulat von städtischem Geld unbeeinflusste und unabhängige Medien – Einstellen der Finanzierung von Medien durch die Stadt Kreuzlingen / Stellungnahme

Interpellationen

9. Interpellation "Preisgünstiger Wohnraum" / Beantwortung

Verschiedenes

10. Schriftliche Anfrage Abläufe beim Sozialamt in Notfall- bzw. dringlichen Situationen / Beantwortung
11. Schriftliche Anfrage Was tut die Gemeinde Kreuzlingen zur Unterstützung der Rückreise bzw. Ausschaffung abgewiesener Asylbewerber um die Sicherheit ihrer Einwohner zu verbessern und wie ist die Situation bei der Nothilfe trotz negativem Asylentscheid? / Beantwortung
12. Verschiedenes

Der Ratspräsident: Geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Stadträte und geschätzte Gäste, ich begrüße Sie herzlich zur ersten Gemeinderatssitzung im Jahr 2025 und hoffe, dass alle gut gestartet sind. Neues Jahr, neues Spiel, aber hier im Rat bleibt alles beim Alten, mindestens der Ablauf, meine ich. Speziell begrüße ich Janine Benz als stellvertretende Stadtschreiberin, die Michael ersetzt, damit sie auch wieder einmal ein bisschen Ratsluft schnuppern kann, und wenn ein Notfall eintreten würde, dass sie dann ebenso geübt ist, wie Michael es ist. An dieser Stelle herzliche Glückwünsche an Ramona Zülle. Sie hat gestern ihren Sohn Julien Michael zur Welt gebracht. Diese Glückwünsche gehen auch an den neuen Grossvater SR Zülle. Weil aufgrund der Abwesenheit von GR R. Zülle eine Stimmzählerin fehlt, nehmen wir erst eine Ersatzwahl vor. Vorgeschlagen von der MITTE/EVP-Fraktion für heute ist GR Pleuler. Möchte jemand diesen Vorschlag vermehren?

Abstimmung:

GR Pleuler wird einstimmig bei eigener Enthaltung gewählt.

Traktandenliste

Der Ratspräsident: Hier eine kleine Anmerkung: In der ersten schriftlichen Einladung stand auf der Traktandenliste bei Punkt 7 Stellungnahme. Das ist jedoch nicht korrekt, Traktandum 7 ist ein Bericht. Dies wurde in der elektronischen Variante auch entsprechend angepasst. Die Traktandenliste wird genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 12. Dezember 2024

Abstimmung

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Einbürgerungen

2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

Entscheid

Die Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission werden genehmigt.

Wahlen

3. Ersatzwahl in die Kommissionen

Der Ratspräsident: Aufgrund der Rücktritte von Flavia Menzi und Xaver Dahinden erfolgt die Ersatzwahl in die Kommissionen, dazu kommt noch ein Wechsel im Büro und in der Kommission Bau und Umwelt. Die Vorschläge sehen Sie auf der Tischvorlage (Protokoll Beilage 1).

Abstimmung

Die Ersatzwahl wird einstimmig genehmigt.

Der Ratspräsident: GR Wolfender, bis auf Weiteres war das deine letzte Sitzung hier vorne, bzw. es war die letzte Bürositzung am Montag. Danke vielmals für deine Arbeit und deinen Einsatz im Büro. Richtig zählen ist das eine. Für mich aber noch wertvoller war deine Tätigkeit im Büro an sich. Denn ich habe es geschätzt, dass mit dir ein Ex-Präsident im Büro ist, dessen Erfahrungsschatz noch ein bisschen anders ist und der es auch aus einer anderen Richtung kennt. Danke vielmals für deine Unterstützung und deine Tätigkeit.

Motionen

4. Motion Mehrheitsfähige Strassensanierungen in der Stadt Kreuzlingen / Beantwortung

Der Ratspräsident: Die Beantwortung der Motion haben Sie mit der Einladung zur heutigen Sitzung erhalten. Das Wort ist offen für die Diskussion.

SR Zülle: Es ist nicht Usanz, dass der Stadtrat zu Motionen oder Vorlagen als Erster spricht. Aber hier geht es darum, dass ich etwas erklären möchte, was nach der Eingabe der Motion passiert ist. Alle drei Motionen wurden im Mai eingereicht, und in der Zwischenzeit hat sich etwas ergeben, nämlich das Agglomerationsprogramm Konstanz-Kreuzlingen. Dieses Agglomerationsprogramm, geleitet von unseren Stadtpräsidenten Thomas Niederberger, wurde zusammengestellt. Das heisst, alle Projekte, die agglowürdig sind, werden diesen Frühling eingereicht. Zum Agglomerationsprogramm 5. Generation muss ein Gesamtverkehrskonzept Kreuzlingen-Konstanz und Umgebung miteingereicht werden. Beide Dokumente sind in den Beilagen vier und fünf enthalten. Sie sind sehr umfassend, dafür möchte ich mich entschuldigen, falls man da nicht alles lesen mochte. Es ist viel. Allein das Gesamtverkehrskonzept umfasst mehr als 100 Seiten. Das Gesamtverkehrskonzept gibt sehr vieles, was in den beiden Motionen gefragt oder auch beanstandet wird, wieder. Viel Beantwortung findet sich eigentlich in diesen beiden Dokumenten, im Agglomerationsprogramm, vor allem aber im Gesamtverkehrskonzept, das bis 2040-2050 in die Zukunft schaut, aber auch retrospektiv, was früher war und was die Bestandesaufnahme ist. Ich möchte das hier erwähnen. Die Motionärinnen und Motionäre wussten das natürlich nicht, daher ist das hier vielleicht ein bisschen eine Zweispurigkeit. Dann steht immer wieder etwas von einer Begleitgruppe Verkehr. Wir haben gesagt, wir würden so eine Begleitgruppe Verkehr machen. Das war der Arbeitstitel, als das Thema Marschhalt da war. Ihr erinnert euch sicher an die Verkehrssitzung hier im Gemeinderat. Damals sagten wir, wir wollen mit einer Begleitgruppe das Verkehrsproblem oder die Verkehrssituation aufarbeiten. Vom Kanton erhielten wir die Empfehlung, den Fachexperten Wilhelm Natrup beizuziehen. Er war der Zürcher Kantonsplaner und Chef des kantonalen Amtes für Raumentwicklung des Kantons Zürich. Er ist gerade in Pension gegangen, hat Zeit und uns zugesagt, uns entsprechend zu begleiten. Mit ihm und mit Joseph Gemperle hatten wir erste Sitzungen und haben geschaut, wie es weitergeht, auch mit dem Thema Begleitgruppe. Nach Vorschlag von Herrn Natrup ist der Stadtrat der Meinung, wir sollten eine gemeinderätliche Spezialkommission bilden. Die Bildung dieser Gruppe obliegt dem Büro des Gemeinderats. Ich möchte daran erinnern, dass eine solche Spezialkommission bei der Ortsplanung eingesetzt wurde, und zwar mit Erfolg. Wir haben das Baureglement und auch den Zonenplan auf Vordermann gebracht und konnten zusammen mit dieser gemeinderätlichen Spezialkommission die Ortsplanung wirklich mit Bravour meistern. Wir glauben, dass

die Verkehrssituation und unsere Infrastruktur ein so wichtiger Punkt ist, dass wir mit so einer gemeinderätlichen Spezialkommission weiterkommen. Deshalb möchte der Stadtrat dem Büro empfehlen, so eine Kommission ins Leben zu rufen. Diese muss sich dann auch konstituieren, das Präsidium liegt bei einer Gemeinderätin oder einem Gemeinderat, um das voranzutreiben. Diese Kommission könnte unter anderem auch den Richtplan anschauen. Wir haben beim Kanton angefragt, ob man einen Richtplan auch ändern könnte, da wir in den Motionen Kritik dazu haben. Die Antwort war, man kann es ändern. Allerdings muss das, was im Richtplan geändert wird, vom Kanton genehmigt und vom Stadtrat erlassen werden. Es ist immer noch derselbe Weg, denn er ist behördenverbindlich. Man kann aber auch kritisch die Verkehrsstudie anschauen, ob da etwas zu korrigieren ist. Und man kann die weiteren Schritte anschauen, auch die weiteren Strassen, die man planen möchte oder wo man auf dem Agglomerationsprogramm 5. Generation vorwärtsmachen möchte, wo zum Beispiel die Löwenstrasse oder auch die Hauptstrasse Nord dabei sind, die knapp abgelehnt wurden. Diese sind dann wieder dabei. Das wäre die Empfehlung, die wir gern ans Büro richten möchten. Deshalb habe ich zuerst das Wort ergriffen, und jetzt kann man die Motion beraten. GR Schindler: Zuerst hat jeweils der Motionär das Wort. SR Zülle, danke für deine Ausführungen, aber eigentlich wäre ich zuerst an der Reihe gewesen. Ich möchte mich zuerst für die Beantwortung der Motion bedanken, auch wenn ich mich beim Lesen des ersten Satzes schon ärgern musste – wie jetzt auch gerade wieder. Konfuzius sagte: "Der Beginn der Weisheit ist, die Dinge bei ihrem richtigen Namen zu nennen." Ich nehme an, er würde mir recht geben, dass das auch für die korrekte Schreibweise meines Namens gilt. Auch inhaltlich ist bei unserer SVP-Fraktion kein grosser Jubel ausgebrochen. Der Stadtrat erkennt – zumindest schreibt er das – die Probleme im Zusammenhang mit den Strassensanierungen in der Stadt, lehnt jedoch die Motion ab. Das ist schade, denn aus unserer Sicht wird damit eine Chance im Bereich Verkehr leichtfertig vertan.

Nun inhaltlich zu den einzelnen Punkten: Ob der Mittelstreifen den Verkehr verlangsamt oder nicht, ist wohl Interpretationssache. Es ist nun einmal Fakt, dass sich viele Verkehrsteilnehmer nicht mit diesem Mittelstreifen anfreunden können, sei das der Velo-, Auto-, der Lastwagenfahrer oder unsere Blaulichtorganisationen. Dieses Unbehagen bzw. die Ablehnung dieser Massnahmen kann man ernst nehmen oder man kann es einfach ignorieren. Der Stadtrat setzt offenbar auf das zweite, auf das Ignorieren. Aber für wen planen und bauen wir die Strassen? Genau. Für diejenigen, die sie nutzen müssen. Wieso jedoch die Anliegen der Verkehrsteilnehmer, zumindest ein grosser Teil davon, nicht berücksichtigt werden, erschliesst sich uns nicht. Bauen wir die Strassen aktuell so, wie es gerade modern ist, weil es den Planern gefällt oder weil wir möchten, dass sich alle Verkehrsteilnehmer so wohl wie möglich fühlen? Gemäss Planer war damals die Bahnhofstrasse oder auch die Hafenstrasse mit den Velo- und Fussgängerwegen das optimale Ergebnis beim damaligen Stand. Heute würde das sicher niemand mehr so planen, geschweige denn bauen. Dass für die Sanierungen der Kantonsstrassen der Kanton die Federführung hat, ist uns natürlich bewusst. Aber da müssen die Interessen der Kreuzlinger gegenüber dem Kanton durch die Vertreter der Stadt vehement vertreten werden. Sehr geehrte Stadträte, unser Gewerbe, aber auch unser Detailhandel leidet unter diesen Bedingungen. Wenn wie zum Beispiel durch Regierungsrat Diezi anlässlich der Informationsveranstaltung, die wir in diesem Saal hatten, Worte fallen wie "ihr müsst halt mehr Velo fahren", ist das ein Affront gegenüber all den Betrieben, aber auch gegenüber all denen, die auf das Auto angewiesen sind. Hier erwarten wir doch Lösungen und keine plakativen Schlagworte. Positiv nehmen wir die Absicht zur Kenntnis, dass man so viele Fussgängerstreifen wie möglich beibehält, um die Sicherheit und die Mobilität der Fussgänger weiterhin zu gewährleisten. In keiner der bisherigen Botschaften wurde darauf hingewiesen, dass eine alternative Veloroute geprüft worden ist. Es ist nicht das Ziel dieser Motion, den Langsamverkehr aus dem Strassenraum zu verbannen, das wisst ihr auch. Das Ziel ist vielmehr, Lösungen zu finden, mit denen sich alle Verkehrsteilnehmer so sicher und komfortabel wie möglich bewegen können. Der Punkt wurde aber sehr kurz behandelt, und wir fühlen uns dabei wirklich nicht ernst genommen. Diese Antwort war doch ein bisschen belustigend, wird doch auf die Interpellation von GR Dufner Bezug genommen. Wirklich aussagekräftig ist diese Beantwortung aber nicht, wie wir uns doch erinnern. Gemäss Gemeinderatsprotokoll vom 25. Januar 2024 kam auch GR Dufner zu diesem Entschluss. Er war mit der Beantwortung mässig zufrieden. Viele Zahlen fehlten, und das Parkplatzkonzept aus dem Jahr 2017 ist veraltet und gibt nicht wirklich etwas her. Immerhin wurden in der Zwischenzeit die Parkplätze gezählt, wie man in der Beilage 8 der Beantwortung sehen kann. Ob jetzt die Aussage zum ruhenden motorisierten

Individualverkehr im erwähnten, grenzüberschreitenden Gesamtverkehrskonzept (auf Seite 21 viel Fleisch am Knochen hat, wie GR Dufner es sagen würde, denken wir nicht. Auch die Antwort von Punkt 3 befriedigt unsere Fraktion nicht. Da wird Verkehrspolitik nach dem Motto "so schlimm wird es schon nicht werden" betrieben. Unsere Fraktion hofft, dass Kreuzlingen von der Eröffnung der B 33 nicht überrascht wird. Eine Zunahme des Schwerverkehrs von prognostizierten 50 % und 17 % der Autos ist doch eine Grösse, die man nicht einfach vernachlässigen sollte. Ob die breit abgestützte Mitwirkungsmöglichkeit, wie der Stadtrat betont, wirklich so erfolgreich war? Die jeweiligen Ergebnisse der Volksabstimmungen lassen da doch einigen Interpretationsspielraum zu.

Ausblick und Fazit: Wenn der Stadtrat denkt, dass es allein an der Kommunikation gegenüber der Stimmbewölkerung liegt, irrt er sich unserer Meinung nach. Dass der Fokus weiterhin nur auf Kommunikation ausgerichtet wird, ist nach Meinung der SVP-Fraktion nicht zielführend. Stimmberechtigte treffen ihre Entscheidungen nicht allein aufgrund von Kommunikation, sondern aufgrund ihrer Werte, Interessen und Überzeugungen. Dass die Meinungen zur Broschüre am 21. März 2024 stark auseinandergingen, kann unsere Fraktion anhand des Protokolls nicht erkennen. Ob eine Spezial- oder eine andere Kommission an der heutigen Situation etwas ändern wird, bezweifeln wir stark, vor allem wenn sich die Aufgaben dieser Kommission ausschliesslich auf Kommunikation beschränken. Wir sind gespannt, wie sich der Stadtrat die Aufgaben und das Ziel dieser Kommission konkret vorstellt und hoffen, heute Abend mehr darüber zu erfahren. Positiv nehmen wir zur Kenntnis, dass sich der Kanton zunehmend der schwierigen Lage bewusst wird, in der sich unsere Stadt befindet. Was der Stadtrat jetzt konkret unternehmen will, abgesehen davon, eine Kommission ins Leben zu rufen, deren Aufgabe und Zielrichtungen noch unklar sind, erschliesst sich uns nicht. Mit der Beantwortung dieser Motion erkennen wir keine Veränderung in der Strategie der Verkehrspolitik oder im Baustellenmanagement. Verkehrsteilnehmer sowie Gewerbe und Detailhandel befinden sich in einer äusserst schwierigen Lage und ein Ende ist bislang noch nicht absehbar. Es ist unverantwortlich, einfach die Augen davor zu verschliessen. Ein solches Vorgehen ist weder strategisch noch politisch zielführend. Legen wir doch jetzt einen Marschhalt ein, nehmen unsere Verantwortung wahr, setzen ein politisches Zeichen und erklären diese Motion als erheblich. Ein "weiter wie bisher" kann es doch einfach nicht geben. Wir haben bereits bei der Begründung der Motion unsere Kompromissbereitschaft signalisiert und sind dazu bereit, Lösungen zu finden, damit wir bei zukünftigen Abstimmungen Mehrheiten finden. Bei einer Ablehnung der Motion bleibt die derzeitige Situation unverändert, was unsere Stadt nicht voranbringt und unnötige Ressourcen für Planungen und Abstimmungen verschwendet. Trotz der Empfehlung des Stadtrats, die Motion nicht erheblich zu erklären, rufe ich die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte dazu auf, die Motion als erheblich zu erklären, um endlich notwendige Veränderungen anzustossen und die Dringlichkeit der Situation zu legitimieren. Ich appelliere dringlich an uns alle als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, im Sinn der Bevölkerung zu handeln und die erforderlichen Massnahmen für eine zukunftsorientierte Entwicklung zu ergreifen.

GR Cornel: Wir behandeln heute ja gleich zwei Motionen zum Thema Verkehr in Kreuzlingen. Das zeigt auf, wie wichtig es ist, dass der Stadtrat jetzt den Fokus auf das Thema Verkehr legt. Es bewegt nämlich alle Bürger und ist immer und überall Gesprächsthema. Aufklärung, langfristige Konzepte und eine professionelle Kommunikation sind jetzt gefragt. Unsere FDP-Fraktion ist der Meinung, dass insbesondere beim Verkehr vermehrt darauf geachtet werden muss, dass man die Bevölkerung mit auf den Weg nimmt. In der Begründung steht im Fazit auf der Seite 4 dass keine konstruktive Diskussion im Gemeinderat stattgefunden hat. Das ist so sicherlich nicht korrekt. Der Gemeinderat war nicht einverstanden, dass das Thema nur mit einer Informationsbroschüre abgetan wird. Gemäss der Begründung soll eine Spezialkommission geschaffen und dieses Gremium durch die Fachperson von Wilhelm Natrup ergänzt werden. Unsere Fraktion begrüsst eine Spezialkommission resp. den Einbezug des Gemeinderats, damit Entscheidungen besser und breiter abgestützt werden. Nicht nur in der Kommunikation, sondern auch inhaltlich. Entgegen der Begründung in der Beantwortung zur Motion hat SR Zülle soeben zugestanden, dass Anpassungen im Richtplan diskutiert und bei einem Konsens gegebenenfalls auch vorgenommen werden können. Aufgrund dieser Aussage kann sich unsere Fraktion vorstellen, die Motion als nicht erheblich einzustufen, wir möchten jedoch die weitere Diskussion heute Abend noch abwarten.

GR R. Herzog: Ich möchte nicht über Mittelstreifen, Fussgängerübergänge, Velowege usw. sprechen, sondern grundsätzlicher. Ich zitiere aus dem Geschäftsreglement des Gemeinderats Kreuzlingen, Art. 46 zur

Motion Abs. 1: "Die Motion ist ein Auftrag an den Stadtrat, einen Beschlussentwurf über einen Gegenstand vorzulegen, der nicht in die abschliessende Zuständigkeit des Stadtrats fällt." Zwei Bedingungen für eine Motion also, und diese sind kumulativ. Es müssen beide erfüllt sein. Es muss um etwas gehen, wo der Stadtrat nicht zuständig ist. Das heisst mit anderen Worten, dass der Gemeinderat oder das Volk zuständig wäre. Und es muss darum gehen, dass der Stadtrat einen Beschlussentwurf vorlegen kann. Einen solchen kann er nur dem Gemeinderat vorlegen. Schauen wir uns diese Motion vor diesem Hintergrund an. Der erste Punkt fordert, "Sanierungen sollen darauf ausgerichtet sein, den Verkehrsfluss bestmöglich zu gewährleisten. Auf unnötige Bauten wie Mittelstreifen oder sonstige verkehrsberuhigende Hindernisse ist zu verzichten. Darüber hinaus sollen die Fussgängerstreifen mindestens in ihrer aktuellen Anzahl beibehalten werden." Aus der Definition einer Motion ginge also hervor, dass der Stadtrat jetzt einen Beschlussentwurf vorlegen müsste zu diesem Thema. Wem? Dem Gemeinderat. Dann wäre also der Gemeinderat zuständig für Mittelstreifen, Fussgängerstreifen etc.? Nein. Denn die Befugnisse und Kompetenzen des Gemeinderats sind nämlich auch definiert, und zwar in der Gemeindeordnung Art. 29 Befugnisse des Gemeinderats. Da gibt es einen Haufen finanzielle Befugnisse, diese kennen wir alle, mit den entsprechenden Beträgen usw. Dann gibt es rechtsetzende Befugnisse, also wenn es darum geht, ein Reglement zu schaffen, zu ändern oder anzupassen. Es gibt allgemeine Befugnisse wie Jahresbericht, Entscheide über die Gültigkeit von Initiativen usw. Das sind abschliessend die Zuständigkeiten des Gemeinderats. Sprich: Der Gemeinderat ist nicht zuständig zu entscheiden, ob es Mittelstreifen geben soll oder nicht. Einen solchen Entscheid kann man immer nur bezogen auf ein Projekt mit einer konkreten Botschaft beraten. Dann kann man der Meinung sein, das ist ein schlechtes Projekt, diese Botschaft soll beispielsweise zurückgewiesen werden. Oder man kann damit einverstanden sein. Aber der Gemeinderat ist nicht zuständig zu entscheiden, ob es generell einen Mittelstreifen geben soll oder nicht. Ganz abgesehen davon, dass bei einem grossen Teil der Projekte, nämlich immer wenn Kantonsstrassen betroffen sind, die Stadt überhaupt nicht zuständig ist. Will also heissen, die Bedingungen sind beide nicht erfüllt für eine Motion. Es ist weder etwas, wo der Stadtrat nicht zuständig ist und damit der Gemeinderat zuständig wäre. Der Gemeinderat ist eben nicht zuständig, aber der Stadtrat auch nicht. Und es ist auch nicht eine Beschlussfassung möglich über etwas, was weder eine finanzielle Beschlussfassung noch eine rechtsetzende Beschlussfassung ist. Das geht gar nicht. Eine Motion kann so eine Forderung gar nicht enthalten. Das funktioniert mit einer Motion nicht. Dazu gäbe es andere politische Mittel, aber nicht eine Motion. Das Gleiche gilt für die weiteren Forderungen der Motionärin, also 2 und folgende. Das sind Sachen, wo eben gerade der Stadtrat zuständig wäre. Der Stadtrat könnte ein Parkplatzkonzept erstellen. Damit ist auch dieser Punkt falsch in einer Motion. Man kann in einer Motion nicht etwas fordern, wo der Stadtrat zuständig ist, weil die Motion eben sagt, er darf nicht zuständig sein. Sonst kann es nicht eine Motion sein. Also aus formalen wie aus inhaltlichen Begründungen plädieren wir für eine Nichterheblicherklärung, denn das, was diese Motion macht, widerspricht dem Geschäftsreglement und der Gemeindeordnung der Stadt Kreuzlingen. Wenn wir die Rechtsstaatlichkeit ernst nehmen und unsere eigenen Reglemente und unsere Gemeindeordnung ernst nehmen, können wir – Sympathie oder nicht für die Ideen – dem schlichtweg nicht zustimmen. Das kann man nicht erheblich erklären. In diesem Sinn plädiert unsere Fraktion für Nichterheblicherklärung.

GR Schindler: Offenbar ist ja der Stadtrat der Meinung, dass man das kann, sonst hätte er es nicht beantwortet.

GR R. Herzog: Darüber habe ich eben auch gestaunt, dass der Stadtrat das überhaupt beantwortet und nicht festgestellt hat, die Motion ist so gar nicht zulässig. Das heisst aber nicht, dass meine Punkte falsch sind. Der Stadtrat hat das offenbar nicht beachtet oder sich diese Gedanken dazu nicht gemacht. Wir sind zum Schluss gekommen, dass das eigentlich der wesentliche Punkt ist. Man könnte schriftliche Anfragen, Interpellationen usw. zu diesem Thema machen, aber eine Motion ist das falsche Mittel.

GR Hummel: Wenn schon, dann müsstet ihr einen Antrag stellen, dass die Motion ungültig erklärt wird, aber nicht unerheblich.

GR R. Herzog: Eine Ungültigkeitserklärung einer Motion ist gemäss Geschäftsreglement nirgends vorgesehen. Die einzige Möglichkeit ist, sie nicht erheblich zu erklären. Wir haben im Vorfeld überlegt, ob man Nichteintreten beantragen sollte, gerade aus den Überlegungen von GR Hummel heraus, aber das ist eben auch nirgends vorgesehen. Und weil der Stadtrat dem Gemeinderat eine Motion zur Erheblicherklärung oder Nichterheblicherklärung vorlegen muss – er muss ja –, hatten wir das Gefühl, dann kann man ja nicht

"nicht" eintreten. Wir müssen ja. Dann ist das einzige Mittel, dass man sie nicht erheblich erklärt. Ich sehe gemäss Geschäftsreglement schlichtweg keine andere Variante.

GR Leuch: Erheblich erklären oder nicht erheblich erklären ist für uns klar. Wir erklären sie einstimmig nicht erheblich. Frust, Enttäuschung und Ärger war ja das Resultat der Sitzung im März, und heute fängt es auch schon fast wieder so an. Verkehrsdebatten haben hier drin einen schwierigen Stand. Das war auch der Treiber für diese zwei Motionen, die wir heute Abend behandeln. Die Verkehrssituation in unserer Stadt ist während Grossbaustellen sehr angespannt, das haben wir alle erlebt. Jetzt haben wir wieder ein bisschen eine Entspannung. Dann ist auch besonders schwer zu verstehen, dass wir in Zukunft keine grossen Würfe erwarten können, das haben wir gehört. Gerade dann hat man Hoffnung, jetzt muss etwas gehen und sich etwas ändern. Aber die Stellschrauben, die wir bewegen können, sind sehr klein, und viel kann man daran nicht drehen. Die Lösungen, meinen wir, wären eigentlich da, aber das Problem ist, dass die Meinungen viel zu weit auseinandergehen. Die Abstimmungsergebnisse haben das gezeigt, sie waren sehr knapp. Eher Zufallsmehrheiten als etwas anderes. Diese Resultate sind eigentlich zustande gekommen wegen einer sogenannten unheiligen Allianz der beiden Pole. Die eine Seite möchte nur den motorisierten Individualverkehr, die andere Seite möchte keine Autos. Die beiden Motionen, die wir heute behandeln, stammen ja genau von diesen beiden Gegenpolen. Das ist noch interessant zu sehen. Um zukünftig überhaupt noch etwas bewegen zu können, braucht es Kompromisse. Alle müssen einbezogen werden, Bus, Auto, Velo, Fussgänger. Nur wenn alle Teilnehmer Raum bekommen, können wir von sicheren Wegen sprechen. Wir meinen, nach den neuesten Erkenntnissen gibt es jetzt genug Studien, genug Programme, genug Leitlinien, dass man weitergehen könnte. Und die Zeiten der grossen Würfe, die man machen konnte, sind schon länger vorbei. Man kann sich jetzt vielleicht fragen, ob man falsche Entscheidungen getroffen hat. Aber die Strassen bestehen, man kann sie nicht einfach auf eine andere Seite umlegen oder einem Tunnel bauen. Ich meine, ohne grösseren Verzicht und realere Ansprüche werden wir uns weiter im Kreis drehen.

GR Ch. Brändli: Ich möchte kurz auf den Anfang zurückkommen, nämlich auf die Worte von SR Zülle. Herzlichen Dank für deine Einleitung. Ich fand sie zum richtigen Zeitpunkt. Dass der Stadtrat, wenn das Büro dem zustimmt, eine Spezialkommission analog der Ortsplanungsrevisionskommission macht, mit der man ja wirklich sehr gute Erfahrungen gemacht hat, denke ich, ist der einzige Weg, damit man bei diesen zwei Polen einen Mittelweg findet. Vielleicht noch ein Detail. Als Sachverständigen haben wir Herrn Natrup von Seiten der Stadt. Wir haben in der Ortsplanungsrevision aber auch sehr gute Erfahrungen gemacht. Damals wurde ein zweiter, unabhängiger Sachverständiger beigezogen. Wir hatten Andreas Niklaus und Beat Rey. Es wäre sicher gut, es auch bei dieser Spezialkommission so zu machen. Einen Sachverständigen, der die Stadtverwaltung begleitet und einen unabhängigen, der seine persönliche Meinung einbringt. Auch aus diesem Grund empfehle ich euch, beide Motionen, diese hier und auch die nächste, abzulehnen und den Weg über eine Kommission zu machen, wo all diese Themen, die in den Motionen enthalten sind, auch wieder aufs Tapet kommen.

GR Schulthess: Ich wollte rasch meiner Begeisterung Ausdruck verleihen, dass neu Richtpläne geändert werden können. Bisher hat sich der Stadtrat mit der Position verteidigt, dass diese behördenverbindlich sind und dass man daran nichts machen kann. Das ist noch wichtig, dass wir das im Protokoll haben. Ich gehe davon aus, wenn der Stadtrat zur Position gesprochen hat, dass das im Protokoll ist. Neu können wir Richtpläne ändern, das ist wirklich eine gute Nachricht. Ganz kurz noch zu dieser Spezialkommission: Meiner Meinung nach sind wir im Rat schon viel zu viel mit uns selbst beschäftigt. Wir sollten nicht wieder eine gemeinderätliche Kommission bilden, in der wieder dieselben Leute sitzen. Das hatten wir hier schon ein paar Mal. Fast wäre man versucht zu sagen: Täglich grüsst das Murmeltier. Wir haben schon ein paar Mal gesagt, in solchen Begleitgruppen sitzen immer wieder die gleichen Leute. Pro Velo, städtische Tiefbauämter, Planer. Das sind die Leute, die ohnehin schon zu Wort kommen. Aber die Leute, die draussen im Stau stehen, könnt ihr nicht mit PR abfangen. Diese Leute sollten in solchen Kommissionen vertreten sein und nicht wieder Parlamentarier. Entsprechend würde ich diese Kommission noch einmal überdenken.

Abstimmung

Die Motion wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen als nicht erheblich erklärt.

5. Motion Gesamtverkehrskonzept "Mobilität Kreuzlingen 2050" / Beantwortung

Der Ratspräsident: Die Beantwortung zu dieser Motion haben Sie ebenfalls mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung erhalten.

GR Dahinden: Ich habe die Diskussion vorhin interessiert verfolgt, und es kann durchaus sein, dass das spontan noch in was einfließen wird, das ich vorbereitet habe. Das wäre dann allerdings sehr spontan. Mir geht es mit der Beantwortung einerseits gleich wie Kollegin Séverine Schindler. Ich habe mich auch über einen Satz in der Beantwortung auf Seite 2 genervt. Oder besser gesagt, ich habe gestaunt. Da wird nochmals die Sitzung vom 21. März zitiert. Die Diskussion des Gemeinderats sei nicht konstruktiv gewesen, es habe diametrale Widersprüche gegeben. Das ist die Polarisierung, die vorhin bereits angesprochen wurde. Warum habe ich gestaunt? Eben weil das keine erstaunliche Aussage ist, aber trotzdem in die Beantwortung kommt. Das ist doch ein völlig normaler Zustand bei diesem Thema, dass man entgegengesetzter Meinung ist. Vor allem habe ich auch deshalb ein bisschen gestaunt, weil die Wahrnehmung im Gemeinderat selbst eigentlich eine andere war. Ich habe dieses Gremium in einer Beurteilung selten so geeinigt erlebt wie in der Beurteilung dieser Sitzung. Angekündigt waren Erkenntnisse aus dem Marschhalt sowie die Konsequenzen daraus. Von beidem haben wir hier drin nicht viel gehört. Die Erkenntnisse aus dem Marschhalt kamen sehr bescheiden über. Im Grunde genommen war es nur eine einzige: "Das Volk versteht halt nicht, was wir wollen." Am Ende der Sitzung kam dann noch eine zweite hinzu: "Der Gemeinderat versteht auch nicht, was wir wollen." Wir haben keine Strategie erkannt, keine Selbstkritik vorgefunden, deshalb waren alle an dieser Sitzung sehr frustriert und der Meinung, so funktioniert es nicht. Nicht zuletzt deshalb sind drei Motionen entstanden. Ich nehme die nächste, die noch drankommt, auch gleich hinzu. Denn genau unter diesem Eindruck sind wir Motionäre aus dem Saal gegangen. Das Ergebnis, die Vorstellung dieser Broschüre, war ebenso bescheiden. Die Vorstellung selbst und die Broschüre erst recht. Diese ist derart unattraktiv, ein komplettes Déjà-vu – für mich unbrauchbar, unerklärlich, unprofessionell. Das war nun ein kritischer Teil, aber ich gehe meistens nach dem Motto: Kritik ist die höchste Form von Kooperation.

Nun komme ich zur Motion selbst. Darin habe ich acht Forderungen oder Aufträge formuliert und habe diese mit den Unterlagen, den Beilagen, die wir erhalten haben, abgeglichen. SR Zülle hat sie schon erwähnt, sie waren umfangreich. Ich möchte aber dafür danken. Es war nicht nur umfangreich, sondern auch aufschlussreich, was dort steht. Ich finde das Gesamtverkehrskonzept sowie das Agglomerationsprogramm 5. Generation sehr informativ und aufschlussreich. Zwar komplex, aber es ist sehr viel drin, was interessant ist. Man lernt einiges. Ich wusste bisher nicht, was ÖIV heisst. Ich weiss was MIV und ÖV ist, jetzt gibt es allerdings auch ÖIV. Das ist ein Gemisch, eine hochinteressante Angelegenheit, der öffentliche Individualverkehr. Ich verrate euch nicht, was das ist, lest bitte selbst nach. Es enthält auch einen wunderbaren Begriff, wo ich selbst ein bisschen überlegen musste, was für ein System das ist: "Kiss&Ride" oder was sind die "MOKA-Prinzipien"? Auch das war lesenswert; die 5V-Methoden. Und ganz eine interessante Information: Seit vier Jahren hat Konstanz eine besetzte Stelle, eine sogenannte Mobilitätsmanagerin für die Verkehrswende in den Köpfen. Jetzt nimmt mich dann wunder, ob wir das auch einführen. Zurück zu den Forderungen in meiner Motion: Mir ist beim Lesen ziemlich bald aufgefallen, dass von diesen acht Forderungen die ersten fünf praktisch schon erfüllt sind, mindestens mehrheitlich oder teilweise. Das ist eine erfreuliche Feststellung. Das Konzept ist ja, wie wir wissen, erst im Nachhinein erschienen, glaub erst im Dezember, als wir es auch erhielten. Das finde ich schon mal gut. Einzig bei der Vision würde ich sagen, entspricht es nicht meiner Meinung und Vorstellung, aber es muss auch nicht immer alles meinen Vorstellungen entsprechen. Und die Meinungen gehen dort auseinander. Dort insistiere ich nicht. Ich dachte, wenn man ein komplettes Konzept macht, wäre es interessant, all diese Projekte auf der Zeitachse darzustellen. Was kommt wann und dauert bis wann? Das ist für Einzelprojekte gut möglich, aber für das Gesamtkonzept in den nächsten 20 Jahren eine absolut übertriebene Aufgabe. Das ist mir bald selbst klar geworden. Nicht zufrieden bin ich mit einem Punkt, der schon in der Motion Schindler angesprochen wurde. Was passiert, wenn die B 33 tatsächlich einmal fertig ist? Das dauert sicher noch ein paar Jahre, aber wie wir wissen, geht die Zeit rasend schnell vorbei. Und Massnahmen im Verkehrsbereich dauern alle

sehr lange. Auch wenn man auf etwas reagieren möchte oder präventiv etwas in Angriff nehmen möchte, muss man früh beginnen. In der Antwort des Stadtrats heisst es, wenn dann einmal die Korridorstudie N23 da ist, sei dann eine Überprüfung der Gesamtsituation notwendig. Seit Ende Dezember, also seit einem Monat ist diese Korridorstudie da, und das wäre für mich ganz klar der Moment, diese Überprüfung jetzt tatsächlich zu machen. Ich gehe davon aus, dass das vom Stadtrat auch so geplant ist. Dort geht es aus meiner Sicht darum, mit was für Szenarien man rechnet, die auf unsere Stadt zukommen könnten, vor allem im Ost-West-Verkehr. Und was gedenkt der Stadtrat zu machen, um dort die Interessen von Kreuzlingen einzubringen – und mit wie viel Druck und Nachdruck? Denn das wird es dort brauchen. Da kann man nicht früh genug zu planen anfangen. Da meine ich, ist diese Antwort noch nicht genügend. Dann noch zu Auftrag 8 Information und Kommunikation: Es geht darum, dass die Anliegen der Bevölkerung eine Rolle spielen und aufgenommen werden. Das heisst für mich im Einzelnen, man muss sich nochmals genau überlegen, wie wir Volksmehrheiten erreichen wollen. Wie wollen wir das, was im Gesamtverkehrskonzept und im Agglomerationsprogramm steht, interessant ist, gut ist, eine Stossrichtung hat, der Bevölkerung vermitteln? Es ist nur schon für uns hier im Rat eine echte Herausforderung, uns das zu Gemüte zu führen. Wie übersetzen wir das in einfacher Form für alle? Selbsterklärend sind sie auf jeden Fall nicht. Dazu braucht es niederschwellige Wege und Mittel, und diese muss man planen. Diese muss man haargenau planen. Man muss dem Volk sagen, was man will, wo die Knackpunkte sind, und man sollte das früh planen. Nicht erst, wenn alles an den Stammtischen vorbesprochen ist und bereits in den Köpfen herum-schwirrt. Dann bringt man es nicht mehr heraus. Ich meine, das ist jetzt eigentlich die politische Arbeit. Planungsarbeiten, konzeptionelle Arbeiten sind abgeschlossen, liegen in umfangreichen Dokumenten vor, jetzt kommt die Knochenarbeit für die Politik. Diese besteht erstens darin, dass man die Pole integrativ zusammenbringt. Das ist eines der MOKA-Prinzipien aus dem Gesamtverkehrskonzept, die ich bereits erwähnt habe. Und zweitens, auch das ist ein MOKA-Prinzip, Einbezug der Bevölkerung. Das wären meine zwei Anliegen, die beiden Punkte 6 und 8 als teilerheblich zu erklären. Die anderen sechs Punkte kann man als erfüllt oder nicht erfüllbar abhaken. Ich stelle hiermit den Antrag bzw. bleibe bei meinem Antrag, denn ich weiss nicht, was mit der Kommission dann tatsächlich geschaffen wird.

GR R. Herzog: Ich erinnere noch einmal: "Die Motion ist ein Auftrag an den Stadtrat, einen Beschlussentwurf über einen Gegenstand vorzulegen, der nicht in die abschliessende Zuständigkeit des Stadtrats fällt." Auch diese Motion erfüllt diese Bedingungen leider nicht. Und zwar hat Kollege Xaver Dahinden mir die Argumente gleich fertig geliefert. Einerseits hast du gesagt, der Stadtrat hat sechs der acht Forderungen bereits erfüllt, oder mindestens fünf, eine sei nicht erfüllbar. Wieso? Weil es eben genau in seiner Kompetenz war. Und damit ist es ja nicht möglich, das in einer Motion zu fordern. Sonst hätte er es ja gar nicht erfüllen können, wenn es nicht in seiner Kompetenz wäre. Das geht halt nicht. Und die zwei, die noch übrigbleiben, dass mit der B 33, sich Gedanken zu machen, was das bedeutet usw., wer ist da zuständig? Der Stadtrat. Wieder nicht motionsfähig. Das kann man nicht in einer Motion fordern, der Stadtrat müsse sich Gedanken machen. Das könnte man nur, wenn er nicht zuständig wäre. Er ist aber zuständig. Beim letzten Punkt ist es genauso. Information und Kommunikation verbessern. Wer ist zuständig? Der Stadtrat. Damit wieder nicht möglich für eine Motion. Also kann man leider sämtliche Punkte, völlig unabhängig von dem, was gefordert wird, nicht in einer Motion fordern. Das geht nicht. Generell bitte ich die Fraktionen, die Gegebenheiten des Geschäftsreglements wirklich zu beachten. Motionen sind klar definiert, wofür man sie benutzen kann und soll. Daneben gibt es andere Mittel wie Postulat, Interpellation usw., die anderen Regeln unterliegen. Aber auch dieses Beispiel ist ein Beispiel, das dürfte keine Motion sein. Auch da hätte eigentlich der Stadtrat entsprechend antworten müssen, dass man das gar nicht mit einer Motion fordern kann. Tut mir leid.

Der Ratspräsident: Wir haben von GR Dahinden einen Antrag auf dem Tisch, er beantragt, dass aus der Motion am Schluss eine Teilerheblichkeitserklärung hervorgeht. Das heisst, im Moment diskutieren wir über diesen Antrag. Dazu habe ich aber noch eine Bemerkung. In unserem Reglement zumindest ist das nicht vorgesehen, darin ist nichts zu lesen von einer Teilerheblichkeitserklärung. Falls das gewünscht wäre, würde ich mich an den Kantonsrat halten, dort ist es nämlich geregelt. Im Kantonsrat heisst es, wenn eine Motion teilweise erheblich oder nicht erheblich erklärt wird, wird jeder Punkt, in diesem Fall acht Punkte, separat abgestimmt, ob der Punkt erheblich erklärt wird oder nicht.

GR Schulthess: Man könnte es gemäss Gemeindeordnung in ein Postulat umwandeln und dann nur die beiden Sachen zur Abstimmung bringen. Das wäre möglich. Aber eigentlich wollte ich einen Satz zu GR Ruedi Herzog sagen. Wir hier drin sind die Legislative. Sich da als Richter, als Judikative aufzuspielen und zu sagen, worüber man abstimmen darf und worüber nicht, was korrekt ist und was nicht, ist deplatziert. Man kann im Nachhinein kommen und sagen, es war nicht korrekt und ein Verwaltungsverfahren machen, aber wir müssen aufhören, hier drin über Zeug zu diskutieren, das traktandiert ist und zu sagen, man dürfe darüber nicht abstimmen, oder es sei nicht rechtens. Das könnt ihr von mir aus hinterher klären, aber wir sind die Legislative und stimmen darüber ab.

GR Dahinden: Damit habe ich ein bisschen gerechnet. Ich ziehe meinen Antrag zurück und beantrage, die beiden Punkte in ein Postulat umzuwandeln. Das ist rechtlich möglich und kann auf der Stelle passieren. Genau dieselben Inhalte in einem Postulat. Ein Postulat ist eine Forderung an den Stadtrat, die genannten Anliegen zu prüfen.

GR Dal Dosso: Wo wir hoffentlich die formellen Sachen nun geklärt haben, werde ich es Postulat nennen oder Teilpostulat – ich weiss es nicht. Dieses Postulat, diese Ex-Motion, kommt aus unseren Reihen, und wir sind mit GR Dahinden völlig einverstanden. Was inhaltlich wichtig ist, wir unterstützen komplett die Stossrichtung einer Verkehrsplanung für Kreuzlingen und die Agglomeration. Im Wesentlichen geht es darum, dass das Bevölkerungswachstum in Agglomerationen und das damit verbundene Wachstum der Mobilität nachhaltig und stadt- und menschenfreundlich gestaltet werden muss. Das heisst, der öffentliche Verkehr sowie Fuss- und Veloverkehr und andere, nachhaltige, alternative Mobilitätsmittel sollen gefördert und attraktiv gestaltet werden. Dadurch soll auch das Wachstum des motorisierten Individualverkehrs, des MIV's – das habe ich auch gelernt – reduziert werden. Der bestehende Autoverkehr soll durch smarte und, das steht in diesem Konzept, digitale Lenkung, zum Beispiel durch Verkehrs- und Parksyste me sowie durch punktuelle Verbesserungen des bestehenden Strassennetzes reguliert werden. Ein Ausbau des Strassennetzes soll nur erfolgen, wenn es unbedingt notwendig ist. Diese Stossrichtung gefällt uns als FL/G/GLP-Fraktion. Zu den nicht erfüllten Aufträgen: Das ist jetzt ein Postulat. Wir unterstützen auch, dass mehr Klarheit herrschen soll, was die Stadt zu machen gedenkt, wenn die B 33 fertig ist. Und was jetzt neu ist, wir haben die Korridorstudie. Was macht die OLS? Was gibt es für Alternativen? Vielleicht die Kreuzlinger Kolonnaden. Wir wissen es nicht. Aber da geht es wirklich darum, von der Exekutive zusammen mit dem Kanton Klarheit zu schaffen. Zum letzten Auftrag, Kommunikation und Information: Es wurde erwähnt, man wolle eine gemeinderätliche Spezialkommission bilden. Das finde ich sehr gut. Wir haben uns über die Weihnachtszeit durch diese Hunderte Seiten von Akten durchhackern müssen, um dieses Verkehrskonzept und die Pläne zu verstehen. Um die Information zu fördern und eine konstruktive Debatte zu ermöglichen und letztlich eine Mehrheit, einen Konsens zu erreichen, sollte das gesamte Material in eine verdauliche Form für den Bürger gebracht werden. Die vom Stadtrat in dieser berühmten Gemeinderats-sitzung im März vorgeschlagene Broschüre "Mehrheitsfähige Strassensanierungen" war zu knapp. Was ich mir vorstelle, ist ein Mittelweg. Vielleicht 15-20 Seiten, um das Gesamtkonzept noch übersichtlich, aber mit inhaltlich hinreichender Genauigkeit darzustellen. Das wäre eine geeignete Grundlage für die Kommunikation und für Diskussionen. Das wäre vielleicht eine wichtige Aufgabe für diese geplante Spezialkommission oder Begleitgruppe Verkehr.

GR Hummel: Um es vorweg zu nehmen, unsere SVP-Fraktion wird diesem Postulat mit Auftrag 6 und 8 einstimmig zustimmen. Ich muss vorausschicken, ich beneide GR Dahinden nicht. Seine Stellungnahme zu diesem Antrag war vermutlich sehr zeitaufwendig. Diese beiden Anträge sind begründet und können nachvollzogen werden. Von unserer Seite habe ich noch eine Anmerkung zum Auftrag 8. Das Sammelsurium von Konzepten führt offensichtlich dazu, dass selbst die zuständigen Stellen in der Verwaltung nicht alles lesen oder auch nicht drauskommen oder ab und zu etwas vergessen. Ein Beispiel: Im grenzüberschreitenden Gesamtverkehrskonzept vom 26. August 2024 steht auf Seite 66 unter Punkt 6.5: "Ruhender motorisierter Individualverkehr Parkierung." Ein zweiter Punkt zu den Strategien: "Öffentliche, oberirdische Parkierungsanlagen werden zurückgebaut bzw. vermieden." Da frage ich mich schon, warum die Stimmbürgerschaft am 24. November 2024 über einen Kredit für ein oberirdisches Parkhaus am Hafenterrasse abstimmen musste. Das verstehe ich nicht. Gemäss diesem Konzept hätte das so gar nicht geplant werden dürfen. Oder hätte es wieder abgerissen werden müssen, falls es erstellt worden wäre? Man könnte jetzt einwenden, dieses Konzept sei ganz neu und man habe davon keine Kenntnis gehabt. Aber der Leiter

Tiefbau war stellvertretender Projektverantwortlicher dieses Konzepts. Und zum anderen nimmt man da bereits Bezug auf das Aggloprogramm 3. Das ist erwähnt und war offenbar damals schon vorhanden. Da hätte ich gelegentlich schon gern eine Antwort von SR Zülle. Dann kommt noch etwas hinzu: SR Zülle, es wäre nett gewesen, wenn wir diese neuen Erkenntnisse, die du am Anfang ausgeführt hast, vielleicht ein bisschen früher gehabt hätten, als sie erst heute Abend zum ersten Mal zu hören.

GR Andres: Wir unterstützen einstimmig das Postulat von GR Dahinden. Wir schätzen auch die Arbeit, die von der Stadt geleistet wurde mit dem grenzüberschreitenden Gesamtverkehrskonzept Kreuzlingen-Konstanz. Da wurden wertvolle Grundlagen geschaffen, aber aus unserer Sicht hat es sich damit nicht. Wir sehen einerseits die B 33. Da muss man vertiefen, was für Auswirkungen das hat und wie man damit umgeht. Wir haben den Eindruck, dass man nicht so handeln kann, als ob das Volk nicht versteht, was die Stadt möchte. Sondern da braucht es wirklich einen Dialog. Die verdauliche Form sehe ich auch, die GR Dal Dosso erwähnt hat. Man müsste einen Weg finden, um die Gesellschaft abzuholen und einzubeziehen. Das eine ist, dass man ein Konzept hat, das wissenschaftlich fundiert ist. Das andere ist, was die Bevölkerung auch wirklich will. Da muss man einen gemeinsamen Weg finden und daran muss man arbeiten.

GR R. Herzog: GR Dahinden hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es möglich ist, eine Motion im Verlauf der Diskussion im Rat in ein Postulat umzuwandeln. Man müsste das allerdings noch beschliessen. Nun aber zu seinem Antrag, die Punkte 6 und 8 in ein Postulat umzuwandeln: Bei Punkt 6 ist das kein Problem, denn damit ist ein Auftrag an den Stadtrat verbunden, und das geht. Der Punkt 8 heisst, "Das Konzept Mobilität 2050 Kreuzlingen nimmt die Anliegen der Bevölkerung auf. Es beschreibt, wie die Ziele und die Strategie der Zukunft der Bevölkerung vermittelt werden und wie der Meinungsbildungsprozess geplant ist." Was ist da für ein Auftrag an den Stadtrat drin? Das ist einfach eine Beschreibung, aber daraus geht kein Auftrag an den Stadtrat hervor. Es heisst nicht, man müsse es der Bevölkerung vermitteln oder irgendetwas. Dieser Punkt geht auch für ein Postulat nicht, weil kein Auftrag damit verbunden ist. Ein Postulat ist ein Auftrag an den Stadtrat zu prüfen, ob in einer in den Aufgabenkreis der Stadt fallenden Angelegenheit ein Beschlussentwurf vorzulegen sei. Was soll denn der Stadtrat da für einen Beschlussentwurf vorlegen? Es ist nur eine Feststellung. Daraus müsste ein Auftrag erkennbar sein, und ein solcher ist nicht formuliert. Dieser Punkt geht meiner Meinung nach auch nicht für ein Postulat. Man hätte ihn anders formulieren können oder müssen, dann würde es gehen. Aber so leider nicht.

GR Salzmann: Ich wollte eigentlich heute nichts zum Verkehr sagen, aber auf das, was GR R. Herzog gerade gesagt hat, muss ich intervenieren. Selbstverständlich ist das ein Auftrag. Der Stadtrat nimmt die Anliegen der Bevölkerung auf. Das kann er mit einer Umfrage oder mit irgendetwas in dieser Art machen und dann beispielsweise die Resultate präsentieren. Er beschreibt, wie die Ziele und Strategien der Zukunft der Bevölkerung vermittelt werden. Da ist ein Kommunikationskonzept oder ein Vermittlungskonzept gefragt. Das heisst, er müsste so etwas erstellen, das wäre ein Auftrag. Und wie der Meinungsbildungsprozess geplant ist. Plant er das mit Workshops, plant er das mit was auch immer? Da kann er uns durchaus sagen, wie er das will. Das ist der Auftrag von Punkt 8. Ich sehe nicht, warum das kein Postulat wäre.

GR R. Herzog: GR Salzmann, man müsste genau lesen. Es heisst nicht, "er" beschreibt, wie die Ziele und so weiter. Es heisst "es", und das bezieht sich auf das Konzept. Das Konzept nimmt die Anliegen der Bevölkerung auf, nicht der Stadtrat nimmt auf. Das beschreibt das Konzept, und das ist doch kein Auftrag. Das ist eine Feststellung. Es wird da festgestellt, dass das Konzept das Anliegen der Bevölkerung aufnimmt, und es wird festgestellt, was es beschreibt. Und was wären denn die Massnahmen, die der Stadtrat vorschlagen oder prüfen müsste? Was wären die? Ich sehe es nicht, dass damit ein Auftrag verbunden ist, eine Massnahme zu ergreifen. Wenn es das Konzept nicht gäbe, könnte der Auftrag sein, so ein Konzept zu erarbeiten. Aber dieses existiert bereits, das ist das Problem.

GR Dahinden: Das "es" bezieht sich auf das Konzept, das der Stadtrat liefern soll. Nun gibt es ein Konzept, aber dieser Teil ist im Konzept nicht enthalten. Das ist meine Feststellung. Natürlich wird aus dem "es" ein "er". Weil das Konzept das nicht liefert, muss der Stadtrat es als Teil des ganzen Konzepts oder auch als separaten Teil nachliefern. Also ich verlange von diesem Konzept in Punkt 8: Die Anliegen der Bevölkerung müssen ermittelt werden. Ziele und Strategien müssen der Bevölkerung vermittelt werden. Es muss einen Plan für den Meinungsbildungsprozess geben. Das sind die Aufträge. Diese habe ich ursprünglich als Erwartung ans Konzept gestellt, deshalb "es". Jetzt stelle ich fest, das ist nicht vorhanden. Es muss einfach gemacht werden. Das ist der Auftrag 8. Ich sehe dein Problem hier nicht. Entschuldigung.

GR Ch. Brändli: Für die Punkte 6 und 8 habe ich volles Verständnis, darüber herrscht hier drin auch Konsens. Man könnte es im Prinzip abkürzen, wenn der zuständige Stadtrat aufsteht und sagt: "Ich habe es verstanden, Auftrag wird ausgeführt." Dann braucht es weder eine Motion noch ein Postulat, für dessen Antwort der Stadtrat wieder ein halbes Jahr Zeit hat, und was uns hindert, mit einer Spezialkommission vorwärtszumachen. Das heisst, das Büro müsste die Spezialkommission zuerst aufbauen, die zuständige Bauverwaltung müsste anfangen, die Arbeiten aufzugleisen. Mit diesem Postulat verlieren wir wieder ein halbes Jahr. Deshalb finde ich, der Stadtrat könnte ein Statement abgeben, dass er es verstanden hat. Umsetzen muss er es im weiteren Verlauf dieser ganzen Verkehrsgeschichte sowieso. Er muss es machen, das ist klar. Dann hätten wir es abgekürzt. Dann müsste GR Dahinden sein Postulat leider wieder zurückziehen, und die Motion müssten wir ablehnen, dann kommt die ganze Geschichte endlich zum Laufen. Sonst reden wir wieder Sitzungen lang hin und her und es passiert nichts.

SR Zülle: Der Wille ist natürlich da, das umzusetzen, sonst hätten wir diese Motionen, die man kritisch anschauen kann, ob es Motionen sind, gar nicht so ausführlich beantwortet. Aber den Willen haben wir gezeigt, nicht nur mit allen Anhängen, sondern auch mit der Beantwortung. Und es ist ganz klar, es ist auch unser Wille zu schauen, wie man den Verkehr reduzieren könnte. Das ist das, was dann die B 33 bringt. Es ist auch ausgewiesen wie viel Verkehr, wie viel mehr Autos, wie viele Lastwagen dann kommen. Es ist auch ausgewiesen, was die Jahre bringen, wenn man die Studie liest. 1 % mehr MIV. Jedes Jahr 1 % mehr. In 15 Jahren sind das 15 % allein wegen des Bevölkerungswachstums. Wir müssen etwas machen, das ist ganz klar. Es gibt nun verschiedene Möglichkeiten, und die stehen natürlich in diesem Konzept drin. Da muss ich sagen, da besteht dann nicht mehr so Einigkeit, wenn man diese Möglichkeiten prüft. Denn die eine Möglichkeit ist tatsächlich, dass man aufs Velo umsteigt. Das bedeutet, dass man den Langsamverkehr fördert. Das andere behandelt eine andere Seite, wie der öffentliche Verkehr gefördert wird, bis zur S-Bahn, bis zu den Bussen, grenzüberschreitend über beide Städte. Lest das einmal. All das wird in dieser Studie vorgeschlagen. Diese Studie müssen wir auch nach Bern liefern, sonst gibt es gar keine Agglogelder. Wir sind mit Hochdruck dran. Ganz unterschiedliche Meinungen gibt es, davon bin ich überzeugt. Zum Thema Südumfahrung: Ihr könnt euch erinnern, der Kanton war hier, nicht nur im Dreispitz, sondern auch hier im Rathaussaal, wo klar gesagt wurde, wenn die Korridorstudie kommt, müssen wir eine Südumfahrung sicher prüfen. Dazu bieten sie auch Hand. Sie haben bereits Studien gemacht. In der Beilage 10 zur Beantwortung der Motion von GR Schindler finden wir, was die Auswirkungen mit einer Südumfahrung sind. Das ist auch eine Option. Aber innerhalb von sechs Monaten zu sagen, was davon wir machen und das seriös machen, funktioniert nicht. Darum möchte ich bitten, es zurückzuziehen. Wir machen es sowieso. Aber wenn wir in sechs Monaten einen Bericht abliefern müssen, welche von diesen Möglichkeiten wir bevorzugen und vorantreiben, das funktioniert so nicht. Es muss zusammen mit dem Kanton vorangetrieben werden. Eine Südumfahrung macht der Kanton und nicht wir. Darum bitte ich euch, das Postulat abzulehnen. Wir werden uns aber nicht scheuen, und wir werden auch die Kommunikation verbessern. Wir haben es gehört, die Broschüre war eigentlich für das Volk gedacht und nicht für den Gemeinderat, aber wir wollten sie dem Gemeinderat vorstellen. Ihr seid euch da gleich betupft vorgekommen. Das ist jetzt halt so. Vielleicht war das ein Fehlgriff – ein Fehlentscheid, dass wir sie euch gezeigt haben. Wir hätten damit vielleicht anders umgehen sollen. Ich bin der Meinung, wir müssen die Kommunikation verbessern. Wir haben nicht nur Herrn Natrup, sondern auch Herrn Gemperle einbezogen. Wir werden probieren, die Sachen der Bevölkerung möglichst gut zu erklären. Diese 100 Seiten im Anhang sind schwierig zu verstehen und zu erklären, denn nicht alle haben mit dem Thema Verkehr zu tun. Deshalb muss man das in ein gutes Mass eingiessen. Da gehe ich mit GR Dal Dosso absolut einig, das ist vermutlich der richtige Weg, und den wollen wir auch gehen. Dazu braucht es keinen Vorstoss, aber der Gemeinderat entscheidet und nicht wir.

STP Niederberger: Man sieht, da sind sehr grosse Emotionen im Spiel. Ich probiere, das ein bisschen zu versachlichen. Wir befinden uns hier in einem laufenden Prozess. Ich finde, GR Brändli hat das gut auf den Punkt gebracht. Wir haben ein sehr grosses Interesse, dass das Thema mit dem Gemeinderat vertieft diskutiert werden kann. Deshalb beantragen wir, eine Spezialkommission zu bilden, in der wir all die Punkte, die wir heute hier diskutiert haben, begleitet mit Fachleuten besprechen und anschauen können. Es ist ein riesiger Schritt, wenn der Stadtrat sagt, wir sind sogar bereit, den Richtplan in einzelnen Punkten anzupassen, je nachdem, wie das dann herauskommt. Die Spezialkommission hat die Möglichkeit zu sagen, wir brauchen eine Umfrage in der Bevölkerung oder brauchen hier oder dort etwas, oder wir wollen eine

Veranstaltung mit einem Workshop im Dreispitz machen. Wenn man jetzt schon einzelne Punkte vorholt, besteht die Gefahr, dass man auf einer Seite etwas macht, was allenfalls die Diskussion in der Spezialkommission schon wieder negativ beeinflusst oder allenfalls auch nicht. Ich möchte daran erinnern, wenn das Postulat bzw. die Punkte angenommen werden, müssen wir innerhalb von sechs Monaten einen Bericht abgeben. Diesen Bericht müssen wir drei Monate vor der Gemeinderatssitzung verabschieden. Das heisst, wir hätten jetzt etwa zwei oder drei Monate Zeit. In dieser Zeit hat sich die Spezialkommission wahrscheinlich noch nicht konstituiert. Oder vielleicht hat sie sich konstituiert, aber sie muss zuerst einmal ihre Arbeit aufnehmen. Deshalb glaube ich, dass man da viel Power verpulvern würde, wenn man das jetzt machen würde. Lasst uns doch jetzt in diesen Prozess einsteigen mit dieser Spezialkommission, damit wir all diese Dokumente und den Richtplan dort diskutieren und miteinander die weiteren Schritte festlegen können. Wir vom Stadtrat sind absolut bereit, da Hand zu bieten. Zur B 33: Das ist natürlich auch ein Thema, das uns beschäftigt. Wir hatten letztes Jahr ein Gespräch mit Regierungsrat Diezi und mit den zuständigen Personen des Kantons. Dort hiess es, wir müssen abwarten, was die Korridorstudie ergibt. Ich hatte absolutes Verständnis für diese Aussage, denn wir wussten nicht genau, wie diese Korridorstudie herauskommt. Jetzt liegt sie auf dem Tisch, jetzt weiss man, was das ASTRA auf der N23 für Pläne hat. Wir haben auch die Studie über die Frequenzen, die von Deutschland nach Kreuzlingen kommen. Ich möchte das an dieser Stelle sagen. Zusammen mit dem Stadtpräsidenten von Amriswil, der auf der anderen Seite einer allfälligen OLS ist, habe ich beim Kantonsrat eine einfache Anfrage eingereicht, um vom Kanton zeitnah genau diese Antworten zu bekommen. Wie geht es weiter mit der N23-Korridorstudie? Wie geht es weiter mit der OLS? Was sind die Konsequenzen mit der B 33? Jetzt liegen diese Sachen auf den Tisch, und jetzt bekommen wir vom Kanton, vom Baudepartement, hoffentlich Rückmeldungen, damit wir diese Sachen auch in der Spezialkommission einfliessen lassen können, sodass wir gemeinsam auf den Weg gehen können, um aus dieser Verkehrsdiskussion herauszukommen.

GR Müller: Es ist sehr wichtig, dass wir als Gemeinderat unsere eigenen Spielregeln und die Spielregeln der Demokratie einhalten. Trotzdem haben wir in unserer SP/GEW/JUSO-Fraktion auch die inhaltliche Seite dieser Vorstösse zum Verkehr diskutiert. Diese darf ich jetzt wiedergeben. Braucht es ein neues oder ein weiteres Gesamtverkehrskonzept? Wir glauben nein. Denn es gibt bereits umfangreiche Planungen und Konzepte zur Verkehrsentwicklung in Kreuzlingen und der Region. Es gibt etablierte Instrumente und Strukturen, um die Planung fortlaufend zu aktualisieren. Das Problem liegt nicht im fehlenden Konzept. Das Problem ist, dass wir einen Konflikt zwischen unterschiedlichen Bedürfnissen haben. Wir haben eine weitgehend gebaute Stadt mit begrenzter Fläche und Strassen, die nicht einfach breiter gemacht werden können. Ein Konflikt besteht darin, dass die Strassen und die darunterliegenden Werkleitungen immer wieder saniert werden müssen, was Baustellen und Verkehrsbehinderungen bedeutet. Der andere Konflikt besteht darin, dass unmöglich allen Bedürfnissen zu 100 % nachgekommen werden kann. Würde man nur ans Auto denken, könnte man einfach gerade, hindernisfreie Strassen mit möglichst vielen Parkplätzen direkt an der Strasse bauen. Aber damit würde man sträflich viele andere Bedürfnisse missachten. Zum Glück machen wir das nicht. Die Kosten dafür wären einfach zu hoch. Ich meine damit nicht nur in der Rechnung der Stadt ausgewiesene Kosten für Gemeindestrassen, obwohl diese einen sehr grossen Posten ausmachen. Ich spreche von den externen Kosten, die viel Autoverkehr mit sich bringen wie Lärm, Abgas, Feinstaub, Unfallgefahren. Der wichtigste Punkt ist aber, dass wir nur eine begrenzte Fläche zur Verfügung haben. Wir von der SP/GEW/JUSO-Fraktion sind überzeugt, dass Autofahren und Parkieren eine, aber nicht die wichtigste Funktion des öffentlichen Raums ist. Wir denken, dass sich eine verantwortungsvolle Stadtentwicklung auf die zu erwartenden Klimaveränderungen ausrichtet, um möglichst guten Schutz vor Überhitzung und Überschwemmungen bieten zu können. Wir glauben aber auch, dass eine umsichtige Stadtentwicklung Chancen bietet für vielfältig nutzbare und lebenswerte öffentliche Räume. Die Verkehrsentwicklung ist in Kreuzlingen ein sehr umstrittenes Thema. Wir werden weiter diskutieren und aushandeln müssen. Sowohl über die übergeordnete Planung, aber vor allem auch über konkrete Projekte. Vielleicht braucht es dafür tatsächlich wie vorgeschlagen eine Spezialkommission. Und doch, eine gemeinderätliche Kommission ist dafür das richtige Gremium. Wir sind als Vertretung der Bevölkerung von ihr gewählt und vertreten auch die sehr unterschiedlichen Positionen zum Verkehr. Die Konflikte, die die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse mit sich bringen, werden wir nicht einfach ausglätten können. Wir müssen diskutieren und Kompromisse finden. Auch wenn wir den Vorstoss aus oben genannten Gründen nicht

unterstützen werden, einen wichtigen Punkt wirft er auf. Wir müssen Wege finden, um für die breite Bevölkerung eine Mitwirkung zu ermöglichen und transparent und verständlich zu informieren. Vielleicht braucht es dafür zum Beispiel bei Strassenbauprojekten ein Vernehmlassungsverfahren, in dem sich alle äussern können, wie es bei kantonalen Gesetzesänderungen üblich ist.

GR Dahinden: In den Raum gestellt wurde die Option, das Postulat zurückzuziehen. Ich werde das nicht machen, da sollt ihr entscheiden. Meine Bedenken sind folgende: Ich glaube nicht, dass nach dem heutigen Abend eine unglaubliche Dynamik in die Verkehrspolitik kommt. Diese Vermutung halte ich nicht für realistisch. Ich glaube auch nicht, dass plötzlich eine Kreativität in die Kommunikation kommt. Nach den fünfzehn Jahren, in denen ich hier sitze, halte ich das nicht für wahrscheinlich. Das Einzige, was offen ist, allerdings mit vielen Fragezeichen, ist die Spezialkommission. Es ist denkbar, dass dabei etwas Gescheitertes herauskommt, aber auch das braucht sehr viel Zeit. Das sind meine Argumente, um zu sagen, ich halte an diesen beiden Punkten des Postulats fest.

GR Merk: Ich möchte das Votum meines Kollegen GR Dahinden unterstützen. Aus meiner Sicht, Ruedi Herzog, ist es völlig klar. In der damaligen Motion steht als Übertitel "Umschreibung des Auftrags". Wenn man nur den Punkt 8 herausnimmt, wie man es jetzt in diesem Postulat macht, dann macht das wenig Sinn. Wenn man es im Zusammenhang sieht, was GR Dahinden in seinem Vorstoss geschrieben hat, dass das ein Auftrag ist und darunter 8 Punkte auflistet, finde ich die Diskussion, ob das wirklich ein Auftrag ist oder nicht, nicht sinnvoll. Es ist für mich klar. Was GR Dahinden gesagt hat, möchte ich deshalb unterstützen, weil es mir im Punkt 8 bei der Kommunikation gleich geht. SR Zülle, du hast vorhin gesagt, es sei vielleicht ein Fehler gewesen, uns das vorzulegen, vielleicht hättet ihr direkt an die Bevölkerung gehen müssen. Ich fühle mich zumindest als kleiner Teil der Bevölkerung. Ich möchte nicht sagen, wenn ich es nicht verstehe, verstehen es die anderen auch nicht. Es ist oft umgekehrt, dass Leute etwas verstehen, wenn ich es nicht verstehe. Aber mir zeigt es, dass ihr deutlich über die Bücher gehen müsst. Im März 2024 gab es eine Sitzung, wo wir alle ein bisschen konsterniert über das Vorgehen waren. Und eure Schlussfolgerung daraus ist, die waren unterschiedlicher Meinung und die haben irgendwie das Konzept nicht verstanden. Meines Wissens habt ihr aber auch nie gefragt, wie wir es verstanden haben. Ihr habt daraus eine Schlussfolgerung abgeleitet, dass im Gemeinderat keine Einigkeit herrscht. GR Dahinden, du hast es schon gesagt – "oh Wunder". Und heute, fast ein Jahr später, überlegt ihr euch, ob man vielleicht eine Kommission bilden soll. Ich würde mir wünschen, dass ihr in diesem Punkt, ich kann es nur auf diesen Punkt beziehen, in den zweiten Gang schaltet.

SR Zülle: Ich möchte den Punkt, den ich gesagt habe, zurückziehen. Der wurde nämlich falsch gesagt oder falsch verstanden, das habe ich gerade gemerkt. Eigentlich wollte ich damit nur sagen, es war eine einfache Broschüre, die wir für die breite Bevölkerung gemacht und ausgefertigt haben. Ihr als Politiker seid fast Experten. Wir sind damit zu euch gekommen, was wir früher nie so gemacht haben. Ich habe nur gesagt, der Weg sei vielleicht falsch gewesen. Ich habe nicht gesagt, oder es wurde falsch verstanden, ihr wärt nicht fähig, diese Broschüre zu bewerten. Darum ging es gar nicht. Ich nehme das zurück, das war eine falsche Aussage. Es tut mir leid, ich wollte niemandem zu nahe treten. Dann habe ich noch eine Antwort zu den parkierten Autos. Bei der Buseinstellhalle – es war eben nicht einfach ein Parkhaus – es stand beim Titel zuerst Buseinstellhalle, ihr hattet es nur falsch auf euren Plakaten. Die Buseinstellhalle enthält oben zwei Ebenen parkierte Autos. Dies hätte dazu geführt, dass wir die öffentlichen Kiesparkplätze zurückgebaut hätten. Das ist eigentlich das, was wir reduzieren wollten. Deshalb stimmt es mit der Studie absolut überein. Man kann Autos auch in einem Haus parkieren, denn es ist wichtig, breitflächige Kiesparkplätze zu vermeiden.

GR Bitschnau: Ich möchte gern noch etwas hinzufügen, beziehungsweise dem Stadtrat mitgeben. Man sollte vielleicht nicht mehr mit dieser Kommunikationsagentur "Die Botschafter" zusammenarbeiten. Wenn ich es richtig verstanden habe, will man weiterhin mit ihnen zusammenarbeiten. Ich glaube, wenn 40 Leute nicht verstehen, was eine Broschüre bedeuten soll, dann ist diese Kommunikationsagentur vielleicht doch nicht ganz so stark in der Kommunikation.

Der Ratspräsident: Ich lasse zweimal abstimmen. Zuerst über die Umwandlung der Motion in ein Postulat, bestehend aus den Punkten 6 und 8.

Abstimmung

Der Antrag auf Umwandlung der Motion in ein Postulat, bestehend aus den Punkten 6 und 8, wird mit 34 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

Abstimmung

Das Postulat, bestehend aus den Punkten 6 und 8 aus der Motion, wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Der Ratspräsident: gemäss Art. 47 Ziff. 6 des Geschäftsreglements des Gemeinderats hat der Stadtrat dem Gemeinderat innert sechs Monaten schriftlich Bericht zu erstatten.

Die Protokollführung: Die Sitzung wird für 15 Minuten pausiert.

6. Motion Langfristige Verkehrsentlastung von Kreuzlingen - "Kreuzlinger-Kolonnaden" - Bau eines querenden Viadukts auf Kreuzlinger Boden / Beantwortung

Der Ratspräsident: Die Beantwortung zu dieser Motion haben Sie mit der Einladung zu dieser Sitzung erhalten.

GR Schulthess: Was will diese Motion? Das Ziel ist eigentlich eine Konzeption, oder dem Stadtrat eine Lösungsidee an die Hand zu geben, wie man konkret die Verkehrsprobleme, die wir jetzt haben, angehen könnte. Wir haben viel gehört. Es werden viele Konzepte und Workshops und Planungen, Studien, jetzt neu Kommissionen gemacht, aber seit 1999 haben wir keinen Fuss auf den Boden gebracht, um den Verkehrsproblemen in dieser Gemeinde zu begegnen. Da wäre es darum gegangen, eine Idee zu geben, wie man das konkret anpacken könnte. Es muss nicht meine vorgeschlagene Sandsteinviadukt-Lösung sein. Man kann es anders mit Tunnels mischen, als ich das vorgeschlagen habe. Ich bin kein Planer. Das ist ein Konzept, eine Vision. Wo genau der Tunnel gebaut wird, ist nicht so relevant. Was aber relevant ist und was Kern der Sache ist, wir müssen das in Kreuzlingen selbst lösen. Wir können es nicht dem Kanton überlassen. Der Kanton arbeitet seit 1999 daran. Wir können es nicht dem Bund überlassen. Der Bund sagt, das ist Heidiland, wir haben andere Probleme im Gubrist. Es nützt nichts, wenn wir es lösen wollen, müssen wir es selbst lösen. Die B-33-Thematik kommt schnell näher. Wir können natürlich warten, bis wir es lösen müssen, aber wir alle kennen die Dauer, die so ein Projekt brauchen würde. Und um noch auf die Finanzierung einzugehen: Klar wird das hier und da kritisiert. Man kann Bauprojekte immer in Etappen bauen. Natürlich wird es auch teurer, wenn man in Etappen baut, aber man kann die Teile lösen, wo der Druck am grössten ist. Aber man muss sie auf ein Gesamtkonzept aufsetzen. Ich möchte das als Lösungsvorschlag an den Stadtrat verstanden haben. Unsere Aufgabe als Legislative ist es, dem Stadtrat zu sagen, was er machen soll. Wir müssen nicht fragen, was er für Lösungen hat. Seine Lösung kennen wir ja. Mehrfach kommuniziert, wir sollen alle mehr Velo fahren. Das ist kein Lösungsvorschlag. Übrigens wäre es finanzierbar, wenn man denn nur will. Der Wille fehlt überall. Die ersten CHF 50 Mio. könnte man am 9. Februar bereitstellen, wenn man dem Betriebsgebäude nicht zustimmen würde. Dann hätten wir CHF 50 Mio. in der Kasse, die man für alle statt nur für die Verwaltung einsetzen könnte. Das ist aber ein anderes Thema. Ich empfehle deshalb, die Motion als erheblich zu erklären, um Bewegung in diese Thematik zu bringen, um es weg vom Level Konzepte zu bringen. Ein Konzept braucht es, wir haben es in der letzten Motion gerade angestossen, aber am Schluss muss ein Bagger auf ein Feld fahren und eine Schaufel voll Dreck herausnehmen. Für diesen Weg ist diese Motion gedacht.

GR Salzmann: Ich habe von der FDP die undankbare Aufgabe gefasst, zu diesem Thema eine Fraktionsmeinung zu präsentieren. Zum Thema "selbst lösen" hat der Stadtrat geschrieben: "Die SBB ist ein matchentscheidender Partner." Dem kann man noch zustimmen. Was der Stadtrat meiner Ansicht nach ein bisschen vergessen hat, er hat ein bisschen zu sehr auf den Verkehr geachtet und die Finanzierung vergessen. CHF 450 Mio., 30 Jahre abschreiben ergibt CHF 15 Mio. pro Jahr abschreiben. Zinsen 4 % auf der Hälfte, wie

die Stadt es macht, ergibt CHF 9 Mio. Das sind insgesamt CHF 24 Mio. pro Jahr. Das sind 48 Steuerprozent, unsere Ablehnung ist sicher.

GR Pleuler: Du hast es gesagt, es ist eine Vision, und Visionen beschreiben einen wünschenswerten Zustand der Zukunft. Mir und der MITTE/EVP-Fraktion sind Visionen wichtig. Und ich denke, von allen grossen Erfindungen und Entdeckungen der Menschheit gab es zuerst eine Vision. Ohne Visionen gäbe es wahrscheinlich auch heute noch keine Flugzeuge oder kein Internet. Ich persönlich habe Respekt davor, wenn jemand öffentlich zu einer Vision steht, obwohl er – vielleicht auch wie du – von Anfang an damit rechnet, dass die Chancen nicht so gross sind, dass es Verbündete gibt. Respekt habe ich nur, wenn die Vision ernst gemeint ist, und das erwarte ich auch und davon gehe ich aus, wenn du möchtest, dass ich meine Zeit dafür hergebe, mich mit deiner Vision zu befassen. Die MITTE/EVP-Fraktion ist der Meinung, dass man unterscheiden muss, ob man sich in einem Brainstorming befindet, wo meiner Meinung nach alle Ideen Platz haben müssen, auch jene, die völlig unrealistisch sind, oder ob es sich um einen politischen Vorstoss handelt. Unserer Meinung nach ist eine Motion nicht unbedingt der richtige Ort, um mit einer Vision zu starten. Der Stadtrat hat tatsächlich recht, die Verantwortung für die Kreuzlinger Kolonnade liegt eben nicht allein bei den Kreuzlingerinnen und Kreuzlingern, sondern eben auch bei der SBB und somit beim Bund, in Bottighofen und bei anderen Playern. Die Kosten wären wahrscheinlich um ein Vielfaches höher als geschätzt, und der Baustart wäre sicher nicht in zehn Jahren möglich, wenn man an alle Planungen, Abstimmungen und Einsprachen denkt. Deshalb wird unsere Fraktion die Motion einstimmig für nicht erheblich erklären. Ich persönlich hoffe aber, dass deine Vision wenigstens Aufnahme findet in der Ausstellung "Geplatzte Stadträume" im Rosenegg.

GR Merk: Deine Vision hat im Gegenteil zu ganz vielen deiner zahlreichen Vorstösse, die eine gewisse Grundunzufriedenheit mit dem System, mit der Obrigkeit, mit Mehrheitsentscheidungen oder mit allem anderen zum Ausdruck bringen, in der FL/G/GLP-Fraktion eine echte Diskussion ausgelöst. Ein Viadukt und eine Tunnellösung, die das Verkehrsproblem in Kreuzlingen lösen, klingt irgendwie schon noch gut. Du als Motionär stellst dir vor, so hast du das im letzten Sommer in deiner Begründung auch formuliert, dass so eine Lösung allein innerhalb der Stadt machbar sein soll, ohne Beteiligung des Kantons oder sogar der Nachbargemeinden. Die Vorstellung, dass man einen Strassenabschnitt ausbaut und der Stau dadurch verschwindet, teilen wir nicht. Es ist wahrscheinlich ein bisschen komplizierter, und es bringt auch nichts – und das geht alle Seiten an –, bei jeder Gelegenheit wieder zu polarisieren und zu sagen, der Stau verschwindet nicht, in dem alle zu Fuss gehen. Er verschwindet aber leider auch nicht, indem man einfach eine Strasse baut. Die mögliche Lösung liegt aus unserer Sicht in einer breiten Palette an Massnahmen. Dazu braucht es Massnahmen vom Kanton, von der Stadt, von den verschiedenen Gemeinden, es braucht aber auch Massnahmen von uns als einzelnen. Wer weiss denn schon, was die weitere technische Entwicklung bringen wird und was für Folgen das auch auf der Strasse haben wird? Unsere Fraktion wird diese Motion als nicht erheblich erklären. Der Stadtrat erläutert in seiner Beantwortung eigentlich schon viele der Aspekte, die wir auch ähnlich einschätzen. Ich gehe da nicht ins Detail. Als Vision, da möchte ich mich meinem Vorredner anschliessen, scheint uns das Beispiel einer Untertunnelung aber nicht abwegig. In den Vorstössen von GR Dahinden und GR Schindler kommt auch zum Ausdruck, dass Visionen und mehrheitsfähige Lösungen wichtig sind, um den massiven zusätzlichen Verkehr irgendwie zu bewältigen, und dass es innovative Lösungsansätze braucht. Seit Kurzem ist jetzt die Korridorstudie da, darüber haben wir schon gesprochen. Jetzt geht es darum, proaktiv zu planen. Machbarkeitsstudien können darüber Auskunft geben, welche Varianten einer Verkehrslösung genauer geprüft werden sollen. Ob eine Lösung, wie du sie in deiner Motion vorschlägst inklusive aller Folgen mehrheitsfähig wäre und beim Volk überhaupt den Hauch einer Chance hätte, bleibt offen. CHF 1 Milliarde für 3 km Tunnel und einen Zeithorizont von etwa 40 Jahren wie im Beispiel Rapperswil lässt ein bisschen erahnen, was solche Ideen in etwa benötigen.

SR Zülle: Ich kann es mir nicht verkneifen, weil es nicht erwähnt worden ist, aber wir haben es erwähnt. Und das sind die chinesischen Baufirmen. Und zwar sage ich das aus dem Grund, weil GR Schulthess mich schon mehrfach angeschaut und mich als gewerbefeindlich betrachtet hat. Wenn es in Kreuzlingen Stau gibt, ist der Zülle und der Stadtrat gewerbefeindlich. Ich möchte sagen, dass es äusserst gewerbefeindlich ist, wenn man Billigarbeiter von aussen holen will, um ein solches Bauwerk zu realisieren, zumal es ja gesetzlich gar nicht geht. Da gibt es zum Glück viele Regelungen, und wir haben Gesamtarbeitsverträge einzuhalten. Übrigens müssen auch ausländische Firmen unsere Rechte einhalten. Ich bin froh darum, aber

ich wollte das einfach noch loswerden. Das hat mich am meisten gewundert. Da geht es nicht nur um eine Vision. Visionen finde ich auch gut. Es war vor 30 Jahren auch einmal eine Vision, einen Bus einzuführen. Gott sei Dank, jetzt haben wir einen Bus. Das sind gute Visionen, diese kam aus dem Gemeinderat, von Alt-Gemeinderat Baumann. Bringt Visionen, das ist etwas Gutes, aber bitte nicht solche.

GR Schulthess: Vielleicht muss ich das schon präzisieren. Die Vision und Motion ist mir sehr wohl ernst als Konzept. Aber natürlich war der Vorschlag, eine chinesische Baufirma zu beauftragen, nicht so ernst. Das es den Gewerkschafter triggert, ist klar, aber das möchte ich noch richtig verstanden haben. GR Merk, wenn du dich mit Bernoulli-Gleichungen auskennst, wenn ein Rohr relativ eng ist, hat das eine gewisse Auswirkung auf den Druck und auf die Strömungsgeschwindigkeit. Das heisst, wenn man eine leistungsfähige Strasse zur Verfügung stellt, saugt diese auch das Verkehrsaufkommen ab. Klar, woanders, wo das Rohr wieder eng ist, staut es sich dann. Aber die müssen dann halt auch ihre Hausaufgaben machen, auch wenn sie Scherzungen heissen. Auch wir müssen unsere Hausaufgaben machen. Wir müssen das Heft selbst in die Hand nehmen. Wir können nicht warten, bis der Kanton oder Regierungsrat Diezi weitere 14 Jahre daran gearbeitet hat und auch nicht, bis der Bund etwas macht. Auch wenn wir nichts machen wollen, irgendwann machen wir von selbst etwas. Ich sehe es also entspannt.

Abstimmung

Die Motion wird mit 1 Ja-Stimme gegen 35 Nein-Stimmen als nicht erheblich erklärt.

Postulate

7. Postulat Soziale Verantwortung – Günstiger Strom und günstiges Gas für Kreuzlingen / Bericht

Der Ratspräsident: An der Sitzung vom 5. Oktober 2023 wurde das Postulat eingereicht, und an der Sitzung vom 4. Juli 2024 wurde es durch den Gemeinderat angenommen. Postulate gelten mit dem Bericht an den Rat als erledigt. Im Rat findet über den Bericht eine Diskussion statt, aber ohne Beschlussfassung.

GR Salzmann: Besten Dank an den Stadtrat für diesen zugegeben recht knappen Bericht zum Postulat. Im Bericht fehlen mir noch einige wichtige Sachen, sodass ich bei SR Beringer nachgefragt habe und dies hier auch noch zu Protokoll geben möchte. Im Abschnitt 1.1 werden die bundesgesetzlichen 20 % Mindestanteil von bestimmten Energieformen wiedergegeben. Diese gelten aber gemäss einem Mailverkehr zwischen mir und dem Bundesamt für Energie nicht pro Kunde, sondern pro Elektrizitätswerk. Dieses Mail könnt ihr gerne haben. Die Aussage im Bericht des Stadtrats, "Dies bedeutet, dass der künftige Strommix sowohl im Standardprodukt" – also das, was wir heute haben – "als auch im alternativen Produkt" – also dem neuen Produkt – "zwingend einen fixen Anteil an erneuerbarem Strom enthalten sein muss", ist somit nicht korrekt. Wie gesagt, ich stelle den Mailverkehr gern zur Verfügung. In der Stellungnahme des Stadtrats in der Sitzung vom Juli 2024 rechnet der Stadtrat damit, dass lediglich 5 % der Kunden ein günstigeres Produkt wählen würden als das Standardprodukt. Mit dieser Annahme spielt die bundesrechtliche Vorgabe keine Rolle, und der Stadtrat kann sich auf das konzentrieren, was im Postulat zu diesen Produkten gefordert wird, nämlich ein möglichst günstiger Preis. Ich bitte, das auch exakt so umzusetzen. Der Verweis auf Bundesrecht ist somit nicht relevant bzw. inkorrekt und in diesem Fall auch nicht relevant. Anders würde es selbstverständlich aussehen, wenn die Annahme des Stadtrats, dass es nur 5 % sind, falsch wäre und es am Schluss 50 % der Leute sind, die dieses Produkt möchten. Dann wären die bundesrechtlichen Vorgaben sehr wohl relevant. Aber mit eurer eigenen Annahme nicht. Ich habe auch noch gefragt, ab wann exakt die preisgünstigen Produkte zur Verfügung stehen. Die Antwort von SR Beringer war: Am 1. Januar 2026 für Strom und spätestens am 1. Januar 2026 für Gas. Im Kapitel 3 wird die Beschaffung eines Softwaretools erwähnt, das nur wegen dieses Postulats angeschafft werden müsste. Dies sei nötig, um einen Produktwechsel für Kunden korrekt abzubilden, da die Anpassungen relevant zur Energieverrechnung seien. Das war die Antwort von SR Beringer. Kunden können heute schon einen Produktwechsel machen. Wir haben mehrere Produkte. Wir haben Stromprodukte und mehrere Gasprodukte. Es kommt einfach ein weiteres Produkt dazu, und zwar genau das, das wir vor ein paar Jahren abgeschafft haben. Daher erschliesst sich mir nicht, warum dieses Softwaretool exakt wegen dieses Postulats angeschafft werden müsste. SR Beringer hat mir zusätzlich noch schriftlich zugesichert, dass die beiden neuen Produkte kommunikativ begleitet

werden. Die Kommunikation an die Kunden wird wie üblich per Ende August über Medienmitteilungen, Mitteilungen zu Tarifänderungen und über die Homepage erfolgen. Weitere Informationen über die neue Produktgestaltung, die Möglichkeiten und das Vorgehen werden über das Kundenmagazin "Vernetzt" in der ersten Ausgabe 2026 erläutert. Besten Dank SR Beringer für diese zusätzlichen Informationen, die ich hiermit zu Protokoll gebe. Und ich freue mich, dass die Kunden nun ihre Wohnkosten senken können, sofern sie das selbst wünschen.

8. Postulat von städtischem Geld unbeeinflusste und unabhängige Medien – Einstellen der Finanzierung von Medien durch die Stadt Kreuzlingen / Stellungnahme

Der Ratspräsident: Die Stellungnahme zu diesem Postulat lag der Einladung zur heutigen Sitzung bei.
GR Schulthess: Der Stellungnahme kann man entnehmen, dass der Stadtrat Wert auf eine "offene, kooperative und partizipative Kommunikationspolitik" legt. Das ist sehr erfreulich und das nehmen wir für die Zukunft zur Kenntnis. Man könnte jetzt in die Diskussion einsteigen, was eine partizipative Kommunikationspolitik ist. Ein bisschen läuft das Ganze aufs Thema "Papier nimmt alles an" hinaus. Ich habe zu meinem Postulat von den Kreuzlinger Nachrichten, um die es letztlich geht, einen Steilpass erhalten. Wer sich im Hinblick auf die heutige Ratssitzung mit dieser Publikation beschäftigt hat, hat genau das, exakt das, was ich in diesem Postulat ankreide, sichtbar gemacht bekommen. Auf der politischen Seite beschreiben die Kreuzlinger Nachrichten die Motion von GR Dahinden und die Motion der SVP. Meine Motion haben sie ausgeblendet. Es ist ein bisschen dumm, dass es mich betrifft, es tut mir leid. Aber partizipativ oder offen oder kooperativ wäre eigentlich, wenn man alle Vorstösse, die traktandiert sind, besprechen würde. Klar, der Stadtrat ist nicht deckungsgleich mit der Presse. Die Presse kann machen, was sie will, kann schreiben, was sie will. Die Antwort des darauf angesprochenen verantwortlichen Redakteurs finde ich aber noch interessant. Er sagt: "Wir hatten eben nicht so viel Platz in der Zeitung." Ich kann euch diese Aussage im E-Mail-Verkehr zeigen. Na gut, es hatte dann Platz für den Kaffeeautomaten der Kinderkrippe XY, das ist okay. Aber ich bin mir nicht so sicher, ob das der Hauptgrund ist. Weiter wurde das in der E-Mail vertieft, in dem der Redaktor sagte: "Ich habe die beiden Vorstösse ausgewählt, um darüber zu berichten, die ich interessant fand." Jetzt kann man sich natürlich fragen, ob der Kreuzlinger Bürger von einem Journalisten ausgesucht haben möchte, was er interessant findet und was nicht. Das kann man selbst beantworten. Was ich damit sagen will: es ist eben unglücklich, wenn die öffentliche Hand Einfluss nimmt auf die Medien. Auch wenn man das verneint, wo Geld fließt, besteht ein Einfluss. Das ist leider nicht von der Hand zu weisen. Ihr habt aufgrund dieses Postulats den Vertrag zwischen den Kreuzlinger Nachrichten und der Stadt bekommen. Ihr fandet es sicher auch interessant, wenn ihr es gelesen habt. Als Beispiel steht dort genau drin, was der Umfang der Publikationen sein sollte. Das ist eine Aufzählung von zehn Sachen. Baugesuche, Planaufgaben, Reglementsänderungen, Einbürgerungen und so weiter (*Anmerkung der Protokollführung: Diese Aufzählung ist nicht abschliessend*). Medienmitteilungen sind zum Beispiel nicht enthalten. Weiter hinten nimmt man dann noch Stellung dazu, dass man für Medienmitteilungen noch zusätzlich Geld spricht. Das haben die meisten vermutlich gar nicht gemerkt. Es bleibt also nicht bei den CHF 67'000, sondern jede Medienmitteilung, die nächste morgen, wird noch zusätzlich vergütet. Der Betrag ist also wesentlich höher. Was will ich damit sagen? Diese Zeitung publiziert die Medienmitteilung der Stadt, hat aber keinerlei Einfluss von der Stadt, dass die komplette Meinungsbreite abgebildet wird. Das ist für mich nicht wie beschrieben neutral, politisch neutral usw. Meinungsfreiheit und Pressefreiheit sind aber eine zentrale Grundlage in einer politischen Situation in einer Gemeinde, insbesondere dann, wenn man auf dem Platz nur noch eine Zeitung hat. Im Hinblick auf die verfassungsmässig verbrieft Meinungsfreiheit und Pressefreiheit in diesem Land würde ich empfehlen, dieses Postulat als erheblich zu erklären und gleich lange Spiesse für alle Medien zu schaffen und die Finanzierung plus die verdeckte Finanzierung mit den Medienmitteilungen abzuschaffen.

GR F. Herzog: Zuerst möchte ich betonen, dass GR Schulthess mit der Aussage in seinem Postulat, dass die Bereitstellung von Informationen ein zentraler Schritt für gesellschaftliche Veränderungen ist, selbstverständlich recht hat. Vor diesem Hintergrund macht die Streichung von finanziellen Beiträgen an die Kreuzlinger Nachrichten unserer Meinung nach aber wenig Sinn. Die Medien stellen schliesslich genau solche

Informationen für die Bevölkerung bereit und ermöglichen ihr somit die Teilnahme am demokratischen Prozess. Ohne sauber aufbereitete und für die Gesamtbevölkerung zugängliche Informationen ist das nicht gewährleistet. Die Veröffentlichung der Informationen auf der Webseite der Stadt und per digitalem Newsletter kann Publikationen in Print auch nicht einfach so ersetzen. Gerade ältere Menschen, die sich im digitalen Raum nicht so leichtfüssig bewegen, wie jüngere Menschen das tun, kommen so nur sehr beschwerlich oder gar nicht an die städtischen Informationen oder Publikationen. Zudem wären Menschen, die sich über städtische Entwicklungen informieren möchten, künftig in einer Holschuld, statt dass ihnen die Informationen, wie das aktuell über die Publikation in den Kreuzlinger Nachrichten der Fall ist, nach Hause geliefert werden. Es wäre also zu erwarten, dass die Kreuzlinger Bevölkerung im Fall einer Annahme des Postulats inskünftig weniger gut über städtische Belange informiert wäre. Somit ist die Einstellung der Finanzierung eigentlich ein höchst undemokratisches Anliegen. Die Behauptung, dass die Kreuzlinger Bevölkerung schlechter informiert wäre, stelle ich nicht einfach so in den Raum, das bestätigt auch eine Studie von Daniel Kübler. Er ist seines Zeichens Professor für Politikwissenschaften an der Universität Zürich. Er kommt in seiner Studie zum Schluss, dass das Sterben der Regionalmedien die Demokratiequalität in den Gemeinden deutlich verschlechtert. Gemäss Professor Kübler sinkt die politische Partizipation in Gemeinden mit wenig bis keiner Berichterstattung drastisch ab. Er führt in seiner Studie auch an, dass sich durch die fehlende Berichterstattung Defizite im Bereich der Transparenz und der Legitimation des städtischen Handelns ergeben. All das führt dazu, dass die Bevölkerung der Urne schlussendlich eher fernbleibt. Professor Kübler stellt weiterhin explizit fest, dass sich die Hoffnung, dass online bereitgestellte Informationen die Lücken, die durch das Verschwinden der Lokalzeitungen entstehen, füllen können, nicht erfüllt. Eigentlich finden wir es auch bedauernd, dass in Kreuzlingen durch die Kreuzlinger Nachrichten nur noch eine einzige Lokalzeitung im Printformat existiert, und zugegebenermassen ist sie, wie sich das alle in diesem Fall auch denken können, nicht unbedingt die Zeitung unserer Wahl. Aber dennoch ist vor dem Hintergrund ihrer Wichtigkeit für die Informationsbereitstellung eine Zeitung besser als keine. Wir werden das Postulat aus diesen Gründen ablehnen.

GR Andres: Die MITTE/EVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Und zwar sehen wir es, wie vorhin bereits erwähnt wurde. Wir unterstützen das Anliegen der Pressefreiheit und Meinungsvielfalt als Basis einer demokratischen Gesellschaft, was im Postulat von GR Schulthess auch hervorgehoben wurde. Aber wir sehen es auch gegeben, dass die Informationen der Stadt nicht nur digital fliessen, sondern auch in der Zeitung. Ich empfind es auch als Verlust, als diese Informationen zwischenzeitlich nicht in Form einer Zeitung vorhanden waren, sondern nur digital. Man musste sich aktiver informieren, damit man gleich gut informiert war. Deshalb lehnen wir es ab und unterstützen, dass die Stadt dieses Publikationsorgan weiterhin auch als Print nutzt.

GR Gremlich: Die SVP-Fraktion hat sich auch mit diesem Postulat auseinandergesetzt. Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat mit der Stellungnahme die aktuelle Situation plausibel erläutert hat. Das Problem von Kreuzlingen ist doch, dass wir kein eigenes Publikationsorgan mehr haben, wie es vor einigen Jahren die Kreuzlinger Zeitung oder noch ein bisschen früher der Thurgauer Volksfreund waren. Die älteren unter uns – wie ich zum Beispiel – erinnern sich vielleicht noch daran. Ich gebe GR Schulthess recht, dass eine breite Meinungsbildung eigentlich nur durch eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft gewährleistet ist. Aber wenn wir die aktuelle Lage auch auf nationaler Ebene verfolgen, passiert nämlich genau das Gegenteil. Immer mehr lokale Blätter verschwinden, respektive werden von den grossen Verlagshäusern übernommen. Nicht umsonst wird im nationalen Parlament diskutiert, wie man diesem Trend entgegenwirken könnte. Auch wenn man in Zukunft nur noch online publizieren will, muss das, sofern man eine ausgewogene Berichterstattung weiterhin will, redaktionell seriös aufbereitet werden. Im Postulat wird unter anderem vorgeschlagen, dass zum Beispiel nur noch über Newsletter oder die städtische Webseite informiert werden soll. Das kann man durchaus machen. Aber nur mal so als Gedankenspiel: Wer soll denn diese Daten redaktionell aufbereiten? Wohl kaum die Personen, die sich jetzt den indirekten Vorwurf gefallen lassen müssen, zu wenig unabhängig zu sein. Das wäre wahrscheinlich auch nicht im Sinne des Verfassers. Will man als Folge davon in irgendeiner anderen Form etwas Eigenes auf die Beine stellen, wären die Kosten um ein Vielfaches höher als der aktuelle Beitrag der Stadt an die Kreuzlinger Nachrichten, und es wäre auch hier ohne finanzielle Beteiligung nicht tragbar. Aus unserer Sicht ist die jetzige Situation

aktuell ein gangbarer Weg. Aus diesem Grund folgt unsere Fraktion der Empfehlung des Stadtrats und lehnt das Postulat ab.

GR Schulthess: Ein Satz zu den lokalen Medien, die zunehmend verschwinden: Es könnte natürlich sein, dass das Ganze einen Zusammenhang hat. Wenn man die Leute nämlich nur noch halbwegs oder als Lückenpresse informiert, interessieren sich die Leute für andere Medien, wo sie vollständig informiert werden oder vielleicht beide Seiten lesen können. Aber möglicherweise hat das einen gewissen Zusammenhang, dass man sich da selbst obsolet macht. Was mich betrifft, ich lese keines dieser Blättchen mehr. Das kann man sich eigentlich durchaus sparen. Dann aber noch ein Satz an die Adresse der SVP: Vielleicht ist es bei euch nicht angekommen, aber den Newsletter gibt es bereits seit längerem. Der kommt jeden Donnerstag mit den öffentlichen Auflagen. Auch heute ist er gekommen. Dafür muss man weder Personen einstellen noch Daten aufbereiten noch sonst irgendetwas. Diese Struktur gibt es pfannenfertig, und sie ist gut.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 1 Ja-Stimme gegen 34 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Interpellationen

9. Interpellation "Preisgünstiger Wohnraum" / Beantwortung

Der Ratspräsident: Ich verweise auf Art. 48 des Geschäftsreglements des Gemeinderats. Dort steht das Vorgehen bei der Interpellation, dass nach der Beantwortung der Präsident die Interpellantin fragt, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist oder nicht. Und weiterführende inhaltliche Diskussionen werden erst geführt, wenn mindestens zehn Gemeinderätinnen und Gemeinderäte diese Diskussion wünschen. Dementsprechend frage ich GR Fabienne Herzog, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder nicht.

GR F. Herzog: Wir wünschen Diskussion.

Abstimmung

Mindestens zehn Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wünschen die Diskussion. Der Diskussion wird somit zugestimmt.

GR F. Herzog: Wir möchten uns beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation zum Thema preisgünstiges Wohnen in Kreuzlingen bedanken. Wir schätzen es, dass der Stadtrat sich in seinen Legislaturzielen explizit bereit erklärt hat, bezahlbaren und genossenschaftlichen Wohnungsbau zu fördern. Nichtsdestotrotz erscheint uns die Antwort auf die Interpellation als ein eher schwaches Bekenntnis zu den gesteckten Zielen. Der Stadtrat ist zwar bereit, bei Gelegenheit Unterstützung zu bieten, signalisiert insgesamt aber wenig Bereitschaft, aktiv Massnahmen zur Förderung der Realisierung von preisgünstigem Wohnraum zu ergreifen. Das, obwohl der Bedarf dafür ganz klar ausgewiesen ist. Die Leerwohnungsziffer in der Stadt Kreuzlingen liegt bei gut 1 %, das liegt unter dem definierten Wert für einen gut funktionierenden Immobilienmarkt. Wohnraum ist in Kreuzlingen also nachweislich knapp. Bereits im Jahr 2013 hat in der durchgeführten Wohnraumanalyse ausserdem eine Verknappung des Angebots an preisgünstigen Wohnungen festgestellt werden können. Diese Beobachtung deckt sich auch mit den Ergebnissen unserer Wohnumfrage, in welcher 73 % der Befragten angaben, es sei sehr schwierig, in Kreuzlingen eine bezahlbare Wohnung zu finden. Auch aus den Antworten zur Frage, wie hoch der Anteil der Miete der Befragten im Verhältnis zu ihrem Haushaltseinkommen ist, zeigt sich, dass es eine Herausforderung ist, in Kreuzlingen bezahlbaren Wohnraum zu finden. Es müssen 22 %, also fast jede vierte der befragten Personen mehr als den als gesunde Obergrenze definierten Drittel des Monatsgehalts für die Miete ausgeben. Das ist für uns ein sehr grosser Anteil. Die Befragten signalisieren mit 85 % Zustimmung ausserdem deutlich, dass sie sich von der Stadt ein stärkeres Engagement im Hinblick auf die Förderung von bezahlbarem Wohnraum

wünschen, das unter anderem in folgenden Bereichen, die explizit genannt wurden: Förderung von genossenschaftlichem Wohnungsbau, die Abgabe von Land im Baurecht und eine aktive Kaufpolitik seitens der Stadt. Wir kennen die aktuelle finanzielle Lage der Stadt Kreuzlingen, die den Erwerb von geeigneten Grundstücken zu diesem Zweck sicherlich erschwert, möchten aber vor dem Hintergrund der Resultate der Wohnumfrage und der Ergebnisse der Wohnanalyse aus dem Jahr 2013 dringlichst davor warnen, weitere städtische und für Wohnraum geeignete Grundstücke zu verkaufen. Stattdessen soll die Stadt die Abgabe solcher Grundstücke im Baurecht vorziehen. So sichert sich die Stadt Spielraum zur Einflussnahme und Entwicklung der städtischen Grundstücke und Liegenschaften und könnte künftig leichter Projekte zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum realisieren. In welcher Form die Stadt sich künftig aktiv für die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum einsetzen kann, wird sich in der geplanten Wohnraumanalyse sicherlich zeigen. Wir gehen davon aus, dass diese Analyse zügig durchgeführt wird und dass die Resultate – wie angekündigt – im Herbst vorliegen werden. Wir bitten den Stadtrat ebenfalls, aktuell auf Eis gelegte Massnahmen wie beispielsweise die Festlegung eines Mindestanteils von preisgünstigem Wohnraum im Anschluss an die Auswertung dieser Analyse erneut zu prüfen.

GR Salzmann: Ich weiss gar nicht, wo ich anfangen soll. Ich habe hier die Resultate eurer Umfrage. Sie ist nicht repräsentativ, deswegen immer mit Vorsicht zu geniessen. Was du nicht erwähnt hast, der Vollständigkeit halber aber sicher sinnvoll wäre, dass 75 % der Leute mit ihrer Wohnsituation zufrieden sind. Das finde ich ein schönes Resultat. So viel zu dem Thema, das die SP da befragt hat. Wie gesagt nicht repräsentativ, deswegen ist es nicht allzu relevant. Ich möchte bei dieser Interpellation die Gelegenheit nutzen für eine Replik auf eine Aussage von GR Ruedi Herzog in der Sitzung vom 4. Juli zum Postulat Soziale Verantwortung, günstiger Strom, günstiges Gas für Kreuzlingen. Ich darf dich kurz zitieren. "Was nämlich weniger gut situierte Familien in ungleich grösserem Mass finanziell belastet als die Heizungskosten oder die Energiekosten, sind die steigenden Mietkosten. Dort geht es ins Geld. Es ist aus unserer Sicht ausgesprochen schade, dass Massnahmen, die in diesen Bereichen für Entlastung sorgen würden und dort helfen könnten, von den gleichen Leuten, die dieses Postulat begründen" – also FDP –, "bekämpft werden. Das ist aus unserer Sicht nicht ehrlich und nur Schönfärberei und Populismus." So viel zum Zitat von GR Ruedi Herzog vom 4. Juli. Wie auch beim Postulat, das wir vorhin besprochen haben, mehr Freiheit für den Bürger verursacht günstigeren Preis, in diesem Fall Gas und Strom, so ist es auch beim Wohnungs- und Mietwesen der Fall. Gut gemeinte Regulierungen führen nämlich nicht immer zu guten Resultaten, sondern eben nur zu gut gemeinten Resultaten. Komplizierte Bauvorschriften oder das Verkomplizieren von Bauvorschriften in den letzten Jahren verteuern das Wohnen. Da könnte die SP einmal ansetzen. Energetische Pflichtsanierungen über das wirtschaftliche Mass hinaus, nur weil es im Gesetz steht, vernichten Vermögen, das der Mieter letzten Endes finanzieren muss. Wie wäre es hier mit einer Deregulierung zur Senkung der Wohnkosten? Das Mietrecht wird immer komplizierter und formalistischer. Ganze Juristenscharen werden aufgrund der Komplexität in der Schweiz beschäftigt. Das muss wirtschaftlich betrachtet letzten Endes der Mieter bezahlen, denn der Vermieter verzichtet deswegen nicht auf seine Rendite, sondern investiert dann halt leider in anderen Branchen. Würde die SP mitgehen, diese Kosten, diese Form von Wohnkosten zu senken? Investoren werden teilweise verpflichtet, zu Mindestquoten für sogenanntes preisgünstiges Wohnen, was auch immer das ist, es ist ja nicht definiert. Damit der Investor überhaupt investiert und auf seinem eingesetzten Kapital eine bestimmte Rendite erhält, kann er also bei bestimmten Wohnungen weniger Rendite erwirtschaften, weil es ja dann gesetzlich vorgeschrieben ist, und muss somit die anderen Wohnungen entsprechend verteuern. Ist das gerecht? Würde die SP helfen, die Wohnkosten zu senken? Mehr Nachfrage führt zu höheren Preisen, das ist allseits bekannt. Mehr Zuzug erhöht die Preise. Restriktionen in der Migrationspolitik wären preissenkend. Macht da die SP mit? Beim staatlichen genossenschaftlichen Wohnungsbau – wir sprechen von staatlichem genossenschaftlichem Wohnungsbau und nicht von genossenschaftlichem Wohnungsbau, das ist mir noch wichtig – gibt es sehr hohe Fehlbelegungsquoten. Dazu könnten wir die Studie vom Bundesamt für Wohnungswesen aus 2017, Kapitel 3, Seite 57, nochmals anschauen. Leute, die einmal arm waren und deshalb eine Wohnung erhalten haben, sind, obwohl sie heute vermögend sind, immer noch in dieser Wohnung. Das sind selbstverständlich alles Härtefälle. Ist das gerecht? Und was unternimmt die SP in den Grossstädten dagegen? Man wird die eigenen, wohlsituierten Wähler in den günstigen Wohnungen nicht verprellen, denn sie wissen, was sie den Linken zu verdanken haben. Das Mietrecht schützt die Mieter, das sind die Insider, vor den Wohnungssuchenden, den

Outsidern. Das Mietrecht spielt also zwei Gruppen gegenseitig aus. Ist das gerecht? Kurz: Die SP hat bislang viel unternommen, um das Wohnen teurer zu machen. Mit Eingriffen in den Markt, mit Regulierungen, mit Geboten und Verboten. Wie wäre es, liebe SP, mit einer Abkehr von diesem Denken? Im Gegenteil: Gemäss SP soll weiter reguliert werden, wir haben es heute gehört. Baurecht statt Landverkauf seitens Stadt, natürlich nicht zu Marktkonditionen. Der Stadtrat hat es zum Glück hineingeschrieben. Marktkonditionen. Danke dafür. Das meint ihr nicht. Ihr meint es natürlich vergünstigt. Das heisst, der Steuerzahler erhält auf seinem Bauland eine Minderrendite zugunsten von ganz wenigen auserwählten Mietern. Ist das gerecht? In einer Umfrage habt ihr einen Mietpreisdeckel. Nun soll auch noch der Anreiz genommen werden, dass in diese Wohnungen investiert wird, weil man Investitionskosten nicht auf die Mieten umlegen kann. Das tangiert nachhaltig die Strukturen des Baunebengewerbes und lässt unseren Wohnungsbestand verlottern. Wir werden sehen, wie es sich in Genf und Basel entwickeln wird. Oder gar selbst Steuergelder in die Hand zu nehmen, um Immobilien zu kaufen, das habe ich heute von GR Herzog auch gehört. Dann sollen also Steuergelder dafür verwendet werden, um Wohnungen zu bauen wie in den Grossstädten mit den bereits erwähnten Fehlbelegungsquoten. Also arme Leute, die nicht in diesen Wohnungen wohnen, sollen für arme Leute zahlen, weil sie sich diese zufällig über Vitamin B oder politische Kriterien ergattern konnten. Was ist daran sozial, liebe SP? Während die SP die Partei der Gebote, Verbote und Regulierungen ist, sind wir, die FDP, die Partei der Freiheit. Freiheit für Investoren, Freiheit für Mieter, Freiheit für Wohnungssuchende. Freiheit senkt die Mietpreise und ist somit beste Sozialpolitik. Nur Unverschämtheiten von Vermietern und Mietern und Wohnungssuchenden sind gesetzlich zu verhindern, alles andere ist staatliche Überflüssigkeit. Und sollte im Einzelfall ein soziales Problem bestehen, das der Markt nicht richten kann, und diese Fälle gibt es, dann haben wir subjektorientierte Ergänzungsleistungen, subjektorientierte Sozialhilfe und subjektorientierte weitere Leistungen aus dem sozialen Netz. Auch dafür steht die FDP. Wir lassen niemanden hängen. Aber das objektorientierte Subventionsverteilen, nicht für den konkreten Bedarf einzelner zulasten aller, lehnen wir deutlich ab. Wagen wir also wieder einmal etwas, was unsere Schweiz gross und wohlhabend gemacht hat: Freiheit und einen zurückhaltenden Staat. Insofern zurückkommend auf das Eingangszitat von GR Ruedi Herzog ist unser FDP-Verhalten absolut widerspruchsfrei.

GR F. Herzog: Ich möchte auf viele dieser Sachen eigentlich gar nicht antworten, aber auf etwas möchte ich antworten. Das Wort Einzelfall triggert mich schon ein bisschen. Von Einzelfällen zu sprechen, von Leuten, die Mühe haben, die Miete zu stemmen, finde ich, ist einfach nicht korrekt. Entschuldigung. Das hat sich zum einen aus den Umfrageresultaten ergeben. Ja, es ist nicht repräsentativ, aber es sind mehr Personen als ein Einzelfall. Das möchte ich hier schon klarstellen. Und wenn du unsere Umfrage schon zitierst, möchte ich noch richtigstellen, 75 % sagen, sie sind mit der aktuellen Situation zufrieden. Von diesen 75 % sagen 25 % ganz explizit, sie fürchten sich vor einer Mietzinserhöhung. Ich finde, das darf man schon auch in Betracht ziehen, denn offensichtlich ist die Situation für sie momentan noch tragbar, aber es sind gewisse Zukunftsängste vorhanden. Diese würde ich sehr gern nicht ausser Acht lassen.

GR Salzmann: Unter Einzelfall habe ich die Einzelfallbetrachtung gemeint und nicht die Menge.

Verschiedenes

10. Schriftliche Anfrage Abläufe beim Sozialamt in Notfall- bzw. dringlichen Situationen / Beantwortung

Der Ratspräsident: Die Beantwortung lag der Einladung zur heutigen Sitzung bei. Zu einer schriftlichen Anfrage findet keine Diskussion statt.

11. Schriftliche Anfrage Was tut die Gemeinde Kreuzlingen zur Unterstützung der Rückreise bzw. Ausschaffung abgewiesener Asylbewerber um die Sicherheit ihrer Einwohner zu verbessern und wie ist die Situation bei der Nothilfe trotz negativem Asylentscheid? / Beantwortung

Der Ratspräsident: Die Beantwortung der schriftlichen Anfrage lag der Einladung zur heutigen Sitzung bei. Auch hier findet keine Diskussion statt.

12. Verschiedenes
12.1 Rücktritt Gemeinderat Elmar Raschle

GR Raschle: Der deutsche Liedermacher Reinhard Mey hat vor etwa 50 Jahren ein Lied geschrieben, vielleicht kennen das einige von euch noch. Vor 50 Jahren, das war ungefähr die Zeit, als ich meine Lehre anfang. Er schrieb: "Gute Nacht Freunde, es ist Zeit für mich zu geh'n. Was ich noch zu sagen hätte, dauert eine Zigarette und ein letztes Glas im Steh'n." Und weil ich selbst nicht rauche und nicht singen kann, möchte ich jetzt ganz ohne Schall und Rauch meinen Rücktritt als Gemeinderat per 31. März 2025 bekanntgeben. Ich danke allen für die gemeinsame Zeit und wünsche euch weiterhin viele erfolgreiche Debatten für Kreuzlingen. Der besagte Reinhard Mey schrieb noch ein weiteres Lied – er schrieb natürlich noch mehr als nur eines. Aber dieses finde ich jetzt für mich passend. "Über den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein." Es ist nicht so, dass ich jetzt zum Vielflieger werden möchte, aber ab und zu über die Nebelgrenze flüchten, das würde mich freuen. Und noch ein letztes Mal zu Reinhard Mey: Und ein letztes Glas im Steh'n. Ich hoffe, wir können an meiner letzten Sitzung am 13. März miteinander noch ein Glas nehmen. Vielen Dank.

- 12.2 Abschied Gemeinderätin Flavia Menzi

GR Menzi: So poetisch wie du, lieber Elmar, werde ich leider nicht. Ich bin heute zum letzten Mal hier. Ich möchte kurz danke sagen, und zwar vor allem meiner Fraktion. Ich bin sehr dankbar für diese Zeit mit euch. Es war eine Freude, mit euch zu diskutieren und zusammenzuarbeiten. Einen grossen Dank auch an die Kommissionsmitglieder der GKS und der EBK. Die Arbeit in den Kommissionen mit euch habe ich geschätzt. Und in den Kommissionen, das finde ich das Lässigste, ist es völlig egal, wer wo sitzt. Da flutscht es einfach, das finde ich lässig. Die Begegnungen mit euch allen, sei es in der Fraktion, im Rat oder in den Kommissionen, sind Erinnerungen, die ich gerne mitnehme, und ich danke euch für diese. Ich wünsche euch alles Gute für die Zukunft. Danke vielmals.

- 12.3 Abschied Gemeinderat Xaver Dahinden

GR Dahinden: Ich setze diese Serie gleich fort. Ich verabschiede mich heute Abend auch aus diesem Kreis. Ja, es gibt so eine innere Uhr, die einem manchmal sagt, es ist wohl Zeit zum Aufhören. Das hat auch mit dem Alter zu tun. Man merkt, man hätte eigentlich noch dieses und jenes zu erledigen und hätte neben der Politik noch andere Leidenschaften. Zudem hat ein solches Engagement auch immer zunehmend Nebenwirkungen. Ich gehe nicht näher darauf ein. Die Bilanz, die man zieht, auch wenn man nur fünfenehalb Jahre dabei war, gehört noch rasch dazu. Im Zentrum dieser Bilanz steht eine riesige positive Erinnerung, die bleiben wird. Und zwar sind das die persönlichen Begegnungen mit euch, die vielen sehr intensiven persönlichen Kontakte bis hin zu Freundschaften, die ich ohne dieses Amt niemals hätte schliessen können. Das ist eine riesige Bereicherung und das trage ich weiter in die nächsten Jahre. Ich möchte mich für genau das heute Abend bei euch bedanken. Das ist das Kapital, das ich mitnehme. Ich wünsche euch allen eine gute Zukunft, selbstverständlich auch allen Anwesenden hier im Saal und unserer Stadt. Vielen Dank.

Der Ratspräsident: GR Menzi, GR Dahinden, auch von meiner Seite herzlichen Dank für eure Mitarbeit in diesem Rat. Danke vielmals für eure Voten und danke vielmals für die Kollegialität. Macht es gut, haltet euch Sorge.

12.4 Besuch BR Beat Jans, Follow-up Asylzentrum

GR Schulthess: Nein, zu eurer Enttäuschung kann ich diese Serie nicht fortsetzen, es tut mir leid. Es ist noch schlimmer, ich muss an dieser Stelle eine andere Serie fortsetzen. Und zwar möchte ich von STP Niederberger wissen, wo wir denn jetzt bei dieser Asylzentrumsthematik stehen. Herr Jans ist mit dem Helikopter nach Kreuzlingen geflogen, hat mit niemandem, den es angeht, gesprochen und ist wieder weggeflogen. Gab es da irgendein Follow-up? Gab es irgendein Papier, irgendein Couvert? Ist noch irgendetwas passiert oder war das wirklich, wie ich so böse sagte, ein reines Pflasterli oder Valium?

STP Niederberger: Ob er mit dem Helikopter gekommen ist, weiss ich nicht einmal. Nach meinem Kenntnisstand ist er mit dem Auto gekommen, aber das ist ja jetzt nicht das Thema. Bisher haben wir noch keine Rückmeldung erhalten, das ist so. Wir haben an der letzten Stadtratssitzung darüber gesprochen. Es wird demnächst ein Gespräch bzw. ein runder Tisch stattfinden mit den Vertretern des Bundesasylzentrums. Dabei sind auch Roger Boxler, der für unsere Region zuständig ist und SR Beringer, der die Gespräche führen wird. Er wird die Informationen abholen, ob bereits Erkenntnisse oder Massnahmen von Bern kommen.

GR Schulthess: Jetzt muss ich doch noch konkreter fragen. Was war aus deiner Sicht die konkrete Wirkung oder das Ergebnis aus diesem Besuch? Was hat das gebracht?

STP Niederberger: Was hätte es gebracht, wenn man nichts gemacht hätte? Bundesrat Jans hat uns gegenüber klar gesagt, dass er ob der Situation beeindruckt ist, die in Kreuzlingen herrscht. Er ging am Nachmittag nach Altstätten. Dort konnte man bei der Medienkonferenz mithören, dass er unsere Anliegen aufnimmt, sie ernst aufnimmt. Aber selbstverständlich sind das Sachen, die man nicht von heute auf morgen ändern kann.

12.5 Namensänderung Ornina Be Nissa, ehem. Tekin

GR Be Nissa: Vielleicht ist dem einen oder anderen heute aufgefallen, dass ich mit einem anderen Nachnamen aufgerufen wurde. Nein, ich habe nicht geheiratet. Das hat vielmehr einen geschichtlichen und persönlichen Hintergrund, auf den ich ganz kurz eingehen möchte. Als Familie haben wir uns lange überlegt, ob wir diesen Weg gehen wollen. Es ist ein bedeutender Schritt, der tief in unserer Familiengeschichte verwurzelt ist. Vor über 30 Jahren sind meine Grosseltern nach Europa ausgewandert. Sie suchten nicht nur einen Ort, wo sie in Sicherheit leben können, sondern starteten einen Heilungsprozess. Mit ihrer Auswanderung machten sie den ersten Schritt, um sich vom Trauma der Unterdrückung und Verfolgung zu befreien. Es war eine physische Befreiung und ein Neuanfang. Ich hatte das Privileg, in einem wunderbaren Land wie der Schweiz aufwachsen zu dürfen. Hier fehlt es mir an nichts, und ich darf in Sicherheit und Geborgenheit leben. In einem Land, das mein Zuhause und meine Heimat geworden ist, mit dem ich mich heute komplett identifizieren kann. Mit der Namensänderung von Tekin zu Be Nissa, unserem ursprünglich echten Nachnamen oder Familiennamen, setzen wir als Familie einen weiteren Schritt in diesem Heilungsprozess. Es ist eine psychische Befreiung und eine bewusste Entscheidung, das Erbe von Hass, Misstrauen, Angst und Verzweiflung hinter sich zu lassen. Diese Veränderung steht für den Mut, neue Wege zu gehen und das Leben frei von alten Wunden zu gestalten. Mein Name lautet ab jetzt offiziell Ornina Be Nissa. Ich bin Schweizerin mit christlichem Glauben und assyrisch-aramäischen Wurzeln. Der Name ist Ausdruck meiner Identität und meiner Geschichte. Er verbindet meine Vergangenheit mit meiner Zukunft. Danke vielmals für eure Aufmerksamkeit und dass ich mit euch diesen für mich sehr besonderen Moment teilen durfte.

12.6 Postulat Erweitern der Zahlungsmöglichkeiten für die Kreuzlinger Steuerzahler um die Bezahlung von Steuern in Bitcoin / Eingang

Es ist am 23. Dezember 2024 per E-Mail dieses Postulat von Georg Schulthess, Aufrecht Schweiz, eingegangen (Protokoll Beilage 2). Das Postulat wird per Datum von heute an den Stadtrat überwiesen.

- 12.7 Postulat Schlanke und bezahlbare Verwaltung ermöglicht Erhalt von Handlungsspielraum - Begrenzung der Verwaltungsmitarbeiter auf einen Angestellten pro 100 Kreuzlinger Einwohner "1:100 Vorstoss" / Eingang

Es ist am 3. Januar 2025 per E-Mail dieses Postulat von Georg Schulthess, Aufrecht Schweiz, eingegangen (Protokoll Beilage 3). Das Postulat wird per Datum von heute an den Stadtrat überwiesen.

- 12.8 Motion Feuerwerksverbot in der Stadt Kreuzlingen / Eingang

Heute ist diese Motion von der Mitte eingegangen (Protokoll Beilage 4). Die Motion wird per Datum von heute an den Stadtrat überwiesen.

- 12.9 Interpellation Kreuzlinger Gasversorgung / Eingang

Heute ist diese Interpellation der FDP-Fraktion eingegangen (Protokoll Beilage 5). Diese Interpellation wird per Datum von heute an den Stadtrat überwiesen.

Sitzungsende: 21.58 Uhr

Beilagen

1. Tischvorlage
2. Postulat Schlanke und bezahlbare Verwaltung ermöglicht Erhalt von Handlungsspielraum - Begrenzung der Verwaltungsmitarbeiter auf einen Angestellten pro 100 Kreuzlinger Einwohner "1:100 Vorstoss"
3. Postulat Erweitern der Zahlungsmöglichkeiten für die Kreuzlinger Steuerzahler um die Bezahlung von Steuern in Bitcoin
4. Motion Feuerwerksverbot in der Stadt Kreuzlingen
5. Interpellation Kreuzlinger Gasversorgung

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Die Vizepräsidentin

Der Stimmenzähler

Sitzung des Gemeinderats vom 23. Januar 2025
Ersatzwahl in die Kommissionen (Traktandum 3)

Von der Fraktion FL/G/GLP werden folgende Vorschläge unterbreitet:

Büro des Gemeinderats

Mitglied	Urs Wolfender	neu	Sunniva Bitschnau (ab 24. Januar 2025)
----------	---------------	-----	---

Einbürgerungskommission

Mitglied	Flavia Menzi	neu	Bruno Leitz (ab 1. Februar 2025)
----------	--------------	-----	-------------------------------------

Geschäftsprüfungskommission

Mitglied bisher	Xaver Dahinden	neu	Julian Baumann (ab 1. Februar 2025)
Suppleantin bisher	Flavia Menzi	Suppleant neu	Beni Merk Biber (ab 1. Februar 2025)

Kommission Gesellschaft, Kultur, Sport

Mitglied	Xaver Dahinden	neu	Edgar Käslin (ab 1. Februar 2025)
Mitglied	Flavia Menzi	neu	Bruno Leitz (ab 1. Februar 2025)

Kommission Allgemeines und Administration

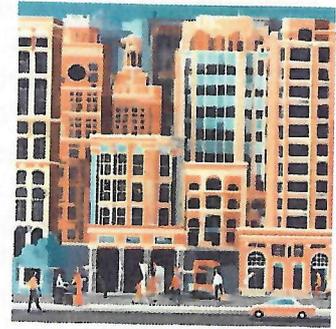
Suppleant bisher	Xaver Dahinden	Suppleant neu	Bruno Leitz (ab 1. Februar 2025)
------------------	----------------	---------------	-------------------------------------

Kommission Bau und Umwelt

Suppleant bisher	Sunniva Bitschnau	Suppleant neu	Julian Baumann (ab 1. Februar 2025)
------------------	-------------------	---------------	--

21. Januar 2025 / Stadtkanzlei

GR Georg Schulthess
 Romanshorerstrasse 134
 8280 Kreuzlingen
 georg.schulthess@ziil.ch



4. Januar 2025

Postulat

**Schlanke und bezahlbare Verwaltung ermöglicht
 Erhalt von Handlungsspielraum - Begrenzung der
 Verwaltungsmitarbeiter auf einen Angestellten pro 100
 Kreuzlinger Einwohner, «1:100 Vorstoss»**

Sehr geehrter Herr Präsident

Ich reiche Ihnen gestützt auf Art. 47 der derzeit gültigen Geschäftsordnung des Gemeinderates zuhanden des Stadtrates folgendes Postulat ein:

Ausgangslage

Die Stadtverwaltung beschäftigt per 31. Dezember 239 Mitarbeitende, die Einwohnerzahl beträgt 23'074 Einwohner.

Die Verwaltung wächst wesentlich schneller als die Kreuzlinger Bevölkerung und ein weiterer Wachstumsschub ist im Stellenetat geplant. Stellen zu streichen war in den vergangenen Budgetdebatten jeweils nicht möglich.

Auch 2025 soll der Personalaufwand wieder um 4,5% gegenüber dem Vorjahr steigen. Es sollen 945 Stellenprozente dazukommen. Das zusätzliche Personal erhält jedes Jahr automatisch Teuerungsausgleich. 2025 beispielsweise 1,4%.

Von diesen 1,4% im nächsten Jahr wieder Teuerungsausgleich vom Teuerungsausgleich.

Von Linker Seite befürwortet man das Stellenwachstum jeweils mit «Vertrauen in den Stadtrat».

Besser wäre dem Stadtrat einen Rahmen, eine Grössenordnung an die Hand zu geben in welcher er planen kann. Das will dieses Postulat.

PERSONALBESTAND AM 31. DEZEMBER 2023

Jahr	Verwaltung	EnK	Total
2019	162	56	218
2020	158	54	212
2021	159	52	211
2022	168	53	221
2023	186	53	239

2025

249

Motivation und Ziel

Es gilt beim Personal-Ausbau der städtischen Verwaltung Mass zu halten. Die Schaffung neuer Stellen soll am Bevölkerungswachstum ausgerichtet werden. Konkret will dieses Postulat, dass nicht mehr als ein städtischer Angestellter auf 100 Einwohner angestellt ist. So soll auch die Stadt einen Beitrag an die ständig steigenden Lebenshaltungskosten ihrer Bewohner leisten. Neue Stellen schaffen weitere Begehrlichkeiten mit entsprechenden Folgekosten für die Bevölkerung und Mehraufwand für Wirtschaft, Landwirtschaft, Gewerbe und Vereine. Um die Finanzen unserer Stadt gesund zu halten, muss die Stadtverwaltung in die Pflicht genommen werden.

Begründung

Dieses Postulat zielt nicht auf die Leistungen unserer städtischen Angestellten. Im Gegenteil: Die gute Arbeit unserer städtischen Angestellten wird geschätzt und es gilt sich für attraktive und marktnahe Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Die Verwaltung ist mit dafür in der Verantwortung das Aufgabenwachstum zu bremsen welche sie als Begründung für das ungebremste Wachstum des Verwaltungspersonals heranzieht. Unser Stadtpräsident hat ein Kantonsratsmandat, er könnte sich dort aktiv einbringen und die Aufgaben die seine Gemeinde zugewiesen bekommen hat mittels politischer Vorstösse reduzieren. So kann die Stadt mit ihrem Stellenetat zurechtkommen.

Ich bitte den Stadtrat den Erlass folgender Massnahmen vorzunehmen:

Die Anzahl der Angestellten der Stadt Kreuzlingen und Energie Kreuzlingen darf das Verhältnis eines Vollzeitmitarbeitenden auf 100 Einwohner nicht übersteigen. Für die Berechnung massgebend sind jeweils die Wohnbevölkerung des vorangehenden Jahres und die im Jahresbericht ausgewiesene Anzahl Vollzeitäquivalente aller Abteilungen. Übersteigt die Anzahl der städtischen Angestellten das Verhältnis von 1 zu 100, so ergreift der Stadtrat Massnahmen und stellt innerhalb von einem Jahr den gesetzmässigen Zustand her.

Eine Erhöhung des Personalbestandes/Änderung des Verhältnisses 1:100 ist nur möglich, wenn diese in einer Volksabstimmung von der Bevölkerung angenommen wurde.

Georg Schulthess 



GR Georg Schulthess
 Romanshorerstrasse 134
 8280 Kreuzlingen
 georg.schulthess@ziil.ch

23. Dezember 2024



Postulat

Erweitern der Zahlungsmöglichkeiten für die Kreuzlinger Steuerzahler um die Bezahlung von Steuern in Bitcoin

Sehr geehrter Herr Präsident

Ich reiche Ihnen gestützt auf Art. 47 der derzeit gültigen Geschäftsordnung des Gemeinderates zuhanden des Stadtrates folgendes Postulat ein:

Ausgangslage

Die Finanzwelt befindet sich in der Transformation. Um die weltweite Schuldenwirtschaft zu finanzieren, weiten Nationalbanken ungebremst die Geldmenge aus. Das führt zu einer Bewegung unter anderem hin zu Kryptowährungen welche teilweise eine Obergrenze kennen, nicht beliebig verwässert werden können. Allen voran Bitcoin (BTC) mit einer bald erreichten Emmissionsobergrenze, um die Inflationsmechanismen auszuhebeln.

Bitcoin basiert auf der sicheren, dezentralen Blockchain-Technologie und sind unabhängig vom Bankensystem. Funktioniert rund um die Uhr (24/7). Transaktionen sind jederzeit von jeder Person nachvollziehbar auf der Blockchain verewigt. Bitcoin ist auf der ganzen Welt gültig.

Begründung

Bitcoin ist ein gut funktionierendes Zahlungsmittel, dient der Wertaufbewahrung und ist eine von Millionen Menschen weltweit für vertrauenswürdig befundene Währung. Bitcoin hat entsprechend Zukunft und ist bereits gut verbreitet und eingeführt. Solche Kryptobestände soll der Steuerzahler in Kreuzlingen auf der Steuererklärung deklarieren. Offensichtlich handelt es sich um ernstzunehmende Wertbestände.

Dementsprechend sollten Steuern² auch in Bitcoin bezahlt werden können.

Motivation und Ziel

Es geht nicht darum, Krypto-Millionäre anzuziehen als Kreuzlinger Steuerzahler. Ziel ist es, einer real gewordenen Zukunftstechnologie Rechnung zu tragen und dem Kreuzlinger Steuerzahler mehr Wahlfreiheit bei der Art der Begleichung seiner Steuern zu bieten.

Andere Städte und Kantone haben dies längst realisiert, seit Februar 2021 können natürliche und juristische Personen, die im Kanton Zug steuerpflichtig sind, ihre Steuerrechnung mit der Kryptowährung Bitcoin (BTC) bezahlen. Die Stadt Lugano akzeptiert ähnlich wie der Kanton Zug auch das Bezahlen von Steuern und anderen kommunalen Dienstleistungen in Bitcoin. Zermatt und Weitere ebenfalls.

Dazu bitte ich den Stadtrat den Erlass folgender Massnahmen vorzunehmen:

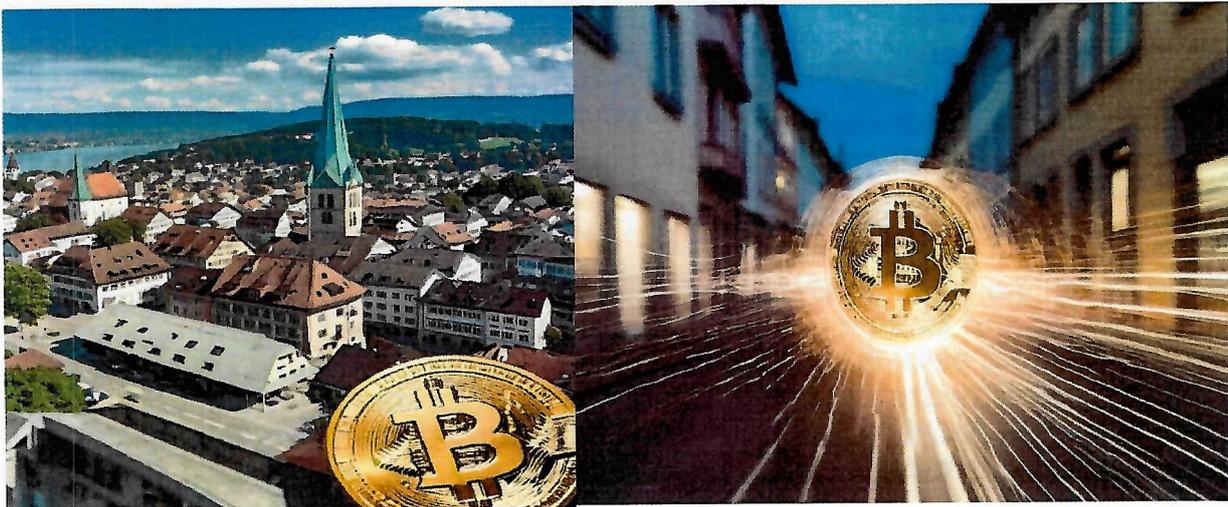
- 1) Unterbreiten der Ergänzung entsprechender gesetzlicher Grundlagen für die Entgegennahme von Bitcoins zur Bezahlung von Gemeindesteuern und vorlegen eines Beschlussesentwurfs zur Abstimmung im Gemeinderat.
- 2) Prüfen, an welchen städtischen POS ebenfalls die Zahlung ergänzend auch mit Bitcoins Sinn machen wie z.B. Parkuhren, weitere Gebühren und Abgaben.
- 3) Kommunikation dieser erweiterten Möglichkeit an die Kreuzlinger Bevölkerung.



Disclaimer

Zahlungen in Bitcoin sollen eine Ergänzung zur jederzeit an jedem Ort in Kreuzlingen möglichen Barzahlung sein, diese keinesfalls ersetzen.

²Die Bezahlung von Steuern in Bitcoin legitimiert nicht die Erhebung von Steuern «Steuern sind Raub».



Motion: Feuerwerksverbot in der Stadt Kreuzlingen

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident
Sehr geehrte Herren des Stadtrates

«In Frauenfeld, Weinfelden, Kreuzlingen, Arbon und Ermatingen mussten die örtlichen Feuerwehrkräfte insgesamt acht Mal wegen kleinerer Brände ausrücken. Meist waren Abfallkübel und Unterflurcontainer wohl wegen Feuerwerkskörpern in Brand geraten.» - Schlagzeile aus der Thurgauer Zeitung vom 3. Januar 2025. Der Unmut der Bevölkerung ist auch wegen dem Abfall von gezündeten Feuerwerkskörpern gross. Viele fordern nun generelle Feuerwerksverbote.

Im Kanton Thurgau wird der Umgang mit Feuerwerk durch das Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz, ChemG) sowie durch die entsprechende Sprengstoffverordnung (SprstV) geregelt. Auf kantonaler Ebene gibt es spezifische Regelungen und Richtlinien, die in der Regel von der Polizei- oder Feuerwerksverordnung der jeweiligen Gemeinde oder des Kantons abgeleitet werden. Die Gemeinden im Kanton Thurgau können ein Feuerwerksverbot erlassen, wenn besondere Gründe vorliegen. Mögliche Gründe: Waldbrandgefahr, Lärmschutz, Gefahr für Personen oder Sachwerte.

Im Interesse des Umwelt- und Tierschutzes, der Gesundheit der Bevölkerung sowie der Sicherheit beantrage ich als Mitglied des Gemeinderates die Einführung eines generellen Feuerwerksverbots auf dem Gebiet der Stadt Kreuzlingen. Ausnahmen sollen nur bei professionellen Veranstaltungen mit Bewilligung zugelassen werden.

Begründung

1. Umweltbelastung

Feuerwerke setzen grosse Mengen an Schadstoffen wie Feinstaub, Schwermetallen und chemischen Rückständen frei, die die Umwelt und insbesondere die Luftqualität erheblich belasten.

2. Schutz von Tieren

Wer selbst ein Haustier hat, kennt es: Das jährliche Ohrenkraulen, sobald die Feuerwerksböllerei losgeht. Die Tiere tigern verstört herum, wissen nicht wohin, die Knallerei erschreckt sie. Kaum ist ein Knall vorüber, folgt der nächste. Der Lärm von Feuerwerken hat erhebliche negative Auswirkungen auf Haus- und Wildtiere. Viele Tiere erleiden Panik, was zu Verletzungen und langfristigen gesundheitlichen Schäden führen kann.

3. Gesundheit und Sicherheit

Es kommt regelmässig zu Unfällen und Bränden, die durch den unsachgemässen Gebrauch von Feuerwerk verursacht werden. Nicht selten gibt es dabei Tote oder Schwerverletzte. Gerade nach dem vergangenen Silvester sind diverse Schlagzeilen in der Schweiz aufgetaucht: «Wallis: Vier Personen von Feuerwerk verletzt», «St. Gallen: Arm weggesprengt, Menschen mit Feuerwerk beschossen», «Toter und zwei Schwerverletzte nach Feuerwerkunfällen an Silvester». Ebenfalls in Deutschland: «Feuerwerksunfälle forderten in der Silvesternacht mindestens fünf Tote».

Der hohe Lärmpegel beeinträchtigt zudem die Lebensqualität vieler Menschen, insbesondere von Kindern, älteren Personen und Personen mit sensibler Geräuschwahrnehmung.

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

4. Sachschäden und Verschmutzungen

Feuerwerk verursacht in jedem Fall Verschmutzungen oder gar Sachschäden. An Halloween im 2024 wurde durch unbekannte Personen eine Feuerwerksbatterie an der Steigstrasse unmittelbar neben dem Wald sowie diversen Wohnhäusern und Autos gezündet. Diese ist dabei umgekippt und hat in alle Richtungen geschossen und dabei Brand- und Farbflecken an Mauern und Fassaden verursacht. Nach jeder Silvesternacht aber auch nach dem 1. August sind die Spuren ebenfalls deutlich sichtbar: Verfärbungen und Brandflecken auf Strassen, Autos, an Hausfassaden. Überreste von Feuerwerkskörpern liegen auf dem gesamten Stadtgebiet sowohl auf öffentlichem Grund als auch in privaten Gärten herum. Nicht zuletzt belastet dies den Steuerfranken, da Mitarbeitende des Werkhofs teilweise auch an Sonn- bzw. Feiertagen mit Aufräum- und Putzarbeiten beauftragt werden müssen. Ebenso müssen bereits im Vorfeld Schutzvorkehrungen in Form von intensiveren Kontrollen durch Sicherheitspersonal getroffen werden.

5. Vorbildfunktion und Innovation

Kreuzlingen kann durch alternative, umweltfreundliche Licht- und Lasershows einen positiven Beitrag leisten und damit auch die Attraktivität öffentlicher Veranstaltungen steigern.

Antrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine rechtliche Grundlage zu schaffen, die:

- den Einsatz von Feuerwerk im gesamten Gemeindegebiet untersagt,
- Ausnahmen nur bei professionellen Veranstaltungen mit einer Bewilligung zulässt, und
- die Einführung von alternativen, umweltfreundlichen Feierformen fördert.

Schlussbemerkung

Die Umsetzung eines Feuerwerkverbots wäre ein Zeichen des Respekts gegenüber Umwelt und Mitmenschen. Zahlreiche Gemeinden und Städte in der Schweiz und Europa haben bereits ähnliche Schritte unternommen und zeigen, dass solche Massnahmen breite Akzeptanz finden.

Freundliche Grüsse

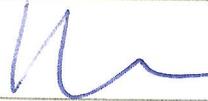
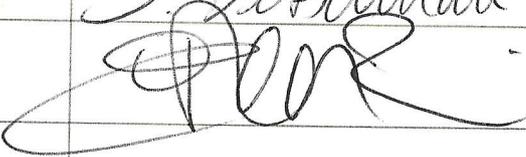
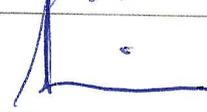
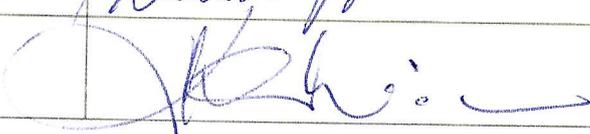
1. Motionärin



Ramona Zülle

Gemeinderätin, Die Mitte

Name	Unterschrift
Zülle Ramona	
Be Nissa Amira	
Elmer Raschke	
Thomas Leuch	

Thomas Juffer	
Stefan Klosser	
Nello Nico	
Conel Silvia	
Brändli Ana	AT Brändli
Del Dossa Luca	
Bitschnau Sunniva	S. Bitschnau
Nenzi Flavia	
Merk Beni	3 Merk
Sarah Sawo	
Herzog Fabienne	F Herzog
Schlächli Gabriela	G Schlächli
Hebeisen Andreas	
Herzog Buedi	B Herzog
Wittgen Kathrin	K Wittgen
Poman Bogru	Boman Bogru
Xaves Dörindau	

1. 1.11.2017
 2. 2.11.2017
 3. 3.11.2017
 4. 4.11.2017
 5. 5.11.2017
 6. 6.11.2017
 7. 7.11.2017
 8. 8.11.2017
 9. 9.11.2017
 10. 10.11.2017
 11. 11.11.2017
 12. 12.11.2017
 13. 13.11.2017
 14. 14.11.2017
 15. 15.11.2017
 16. 16.11.2017
 17. 17.11.2017
 18. 18.11.2017
 19. 19.11.2017
 20. 20.11.2017
 21. 21.11.2017
 22. 22.11.2017
 23. 23.11.2017
 24. 24.11.2017
 25. 25.11.2017
 26. 26.11.2017
 27. 27.11.2017
 28. 28.11.2017
 29. 29.11.2017
 30. 30.11.2017
 31. 1.12.2017

1. 1.11.2017
 2. 2.11.2017
 3. 3.11.2017
 4. 4.11.2017
 5. 5.11.2017
 6. 6.11.2017
 7. 7.11.2017
 8. 8.11.2017
 9. 9.11.2017
 10. 10.11.2017
 11. 11.11.2017
 12. 12.11.2017
 13. 13.11.2017
 14. 14.11.2017
 15. 15.11.2017
 16. 16.11.2017
 17. 17.11.2017
 18. 18.11.2017
 19. 19.11.2017
 20. 20.11.2017
 21. 21.11.2017
 22. 22.11.2017
 23. 23.11.2017
 24. 24.11.2017
 25. 25.11.2017
 26. 26.11.2017
 27. 27.11.2017
 28. 28.11.2017
 29. 29.11.2017
 30. 30.11.2017
 31. 1.12.2017

Handwritten text at the top left, possibly a signature or name.

Handwritten text at the top right, possibly a date or another signature.

FDP-Fraktion des Gemeinderats der Stadt Kreuzlingen
 Christian Brändli, Fraktionspräsident
 Unterseestrasse 36; CH-8280 Kreuzlingen
 071 672 55 77



Kreuzlingen, den 23.1.2025

Interpellation nach Art. 48 des Reglements des Gemeinderats

Kreuzlinger Gasversorgung

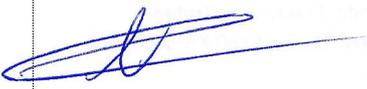
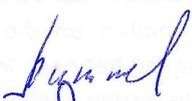
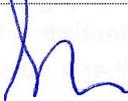
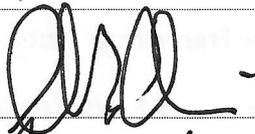
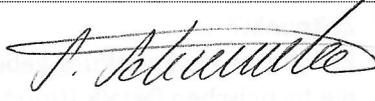
Aufgrund der zunehmenden Regulierungen und somit Nutzungsbeschränkungen auf höherer politischer Ebene im Bereich Energie sowohl in der Schweiz wie auch in Deutschland ist es wichtig, als Stadt sich möglichst viele Möglichkeiten offenzuhalten, um die Energieversorgung im Stadtgebiet langfristig zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang hat nach Informationen des Stadtrats die Stadt Konstanz resp. deren Gaslieferant angekündigt, die Gaslieferung nach Kreuzlingen ab dem Jahr 2040 einzustellen. Da Kreuzlingen nicht am CH-Gasnetz, sondern am deutschen Gasnetz hängt, ist dies ein einschneidender Entscheid unseres nördlichen Nachbarn mit unmittelbarer Auswirkung auf unsere Stadt und unsere Industrie.

Dazu folgende Fragen resp. Bitten:

1. Sollte es im Jahr 2040 tatsächlich keine Gasversorgung in Kreuzlingen mehr geben: Welche Industrien, die auf Prozessgase angewiesen sind, müssten Kreuzlingen verlassen bzw. welche Art von Industrien könnten sich in Kreuzlingen nicht mehr niederlassen aufgrund fehlender Gasversorgung. Biogas selbst ist bekanntlich preislich sehr unwirtschaftlich und wäre keine Alternative für die im Wettbewerb stehende Industrie.
2. Wir bitten hier den offiziellen Briefverkehr sowie den Gasliefervertrag (mit den Kündigungsmodalitäten) offenzulegen. Wenn dies aus rechtlichen Gründen nicht offengelegt werden kann, dann bitten wir um eine Beschreibung.
3. Gibt es in der Schweiz, seitens des Schweizer Gasnetzes bzw. des Schweizer Gaslieferanten in unserer Umgebung ebenfalls solche Ankündigungen der Liefereinstellung von Erdgas zu einem bestimmten Zeitpunkt?
4. Es soll eine Notgasleitung geben zwischen Kreuzlingen und dem Schweizer Gasnetz. Wir hätten gerne die technischen Details (Durchleitungsvermögen, Länge etc.). Wozu wurde diese Leitung gebaut, und wieviel % des Kreuzlinger Gasumsatzes könnte diese Leitung bewerkstelligen (technisch, keine rechtliche Frage)? Wem gehört diese Leitung?
5. Hat der Stadtrat Überlegungen gemacht, sich ans Schweizer Gasnetz anzuschliessen, entweder durch die Nutzung resp. Erweiterung der bestehenden Notgasleitung oder der Schaffung einer zusätzlichen Gasleitung. Wenn ja, was wären die baulichen, rechtlichen und finanziellen Konsequenzen (Schätzung)?
6. Hat der Stadtrat sich bemüht, mit einem Schweizer Gaslieferanten in Kontakt zu treten, um allfällig einen Liefervertrag ab 2040 (abhängig von Frage 5) abschliessen zu können? Wenn nein, warum nicht?

Für Presseanfragen: Gemeinderat Alexander Salzmann

Name	Vorname	Unterschrift
Salzmann	Alexander	
Rüegger	Markus	

Name	Vorname	Unterschrift
Veller	Nico	
Gremlich	Hansjörg	
Ricklin	Judith	
Neuweiler	Fabian	
Hummel	Barbara	
Cornel	Silvia	
Brändli	Christina	
Brändli	Ana	
Dufour	Thomas	
Andres	Caesar	
Schindler	Séverine	
Klauer	Stefan	
Semeraro	Ivan	
Knöpfli	René	
Dal Dusso	Luca	
Edgar Kaeslin	Edgar	

